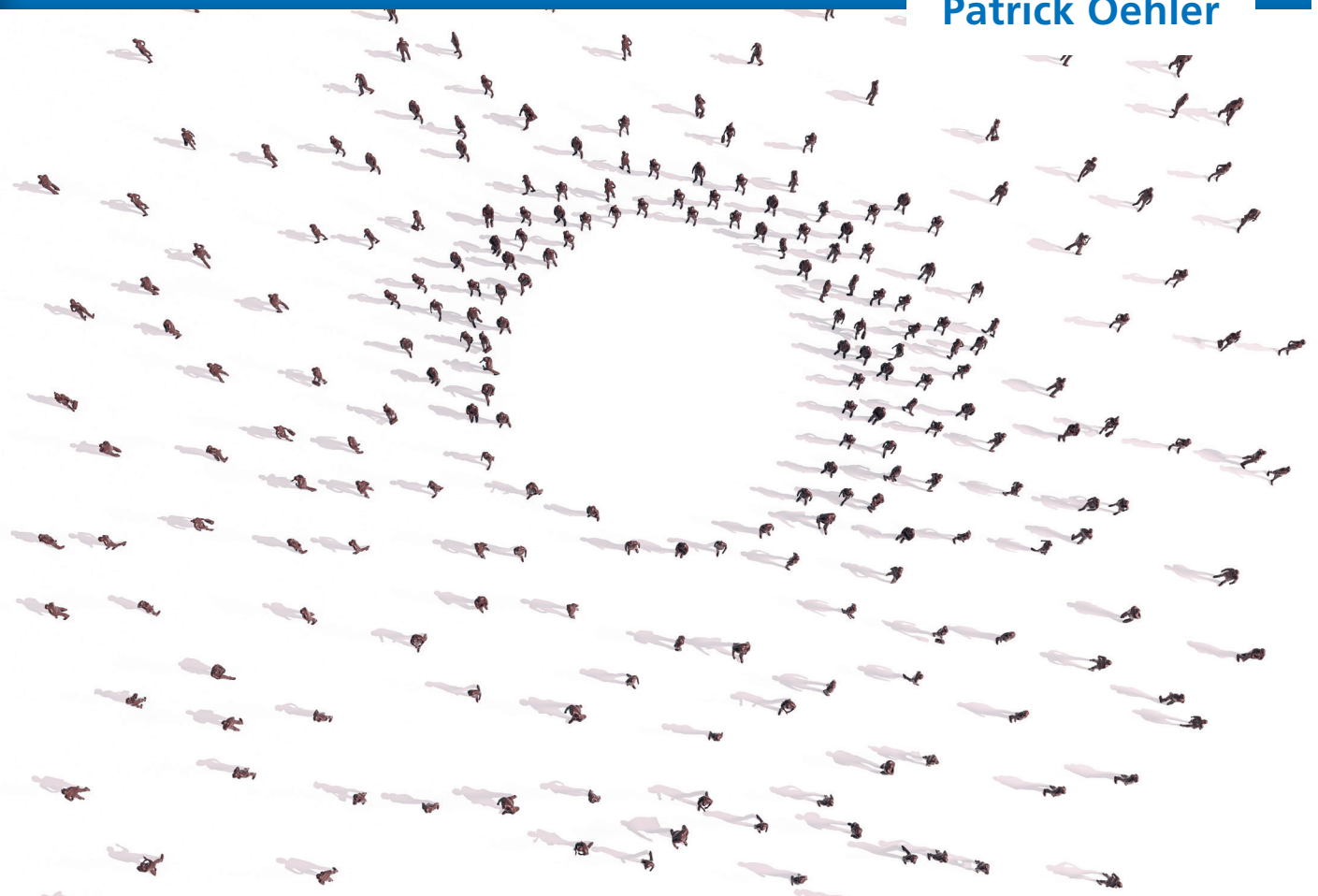


Abschlussbericht

Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit

Patrick Oehler



Inhalt

Vorwort	3
1 Ausgangslage und Zielsetzung der Studie	5
2 Methodisches Vorgehen	7
3 Lokale Demokratie – verschiedene Formen im Zusammenspiel	9
4 Gemeinwesenarbeit als Handlungskonzept und professionelle Praxis Sozialer Arbeit	16
5 GWA und lokale Demokratie – neun Zusammenhänge	18
6 Synthese: Perspektiven für GWA und lokale Demokratie	23
7 Quellenverzeichnis	27
8 Anhang	32

Vorwort

Fehlende Arbeitsmarkt- und Bildungschancen, ein Gefühl des Nicht-gehört-Werdens, ausbleibende Selbstwirksamkeitserfahrungen, ein vernachlässigtes Wohnumfeld, mangelnde Kenntnisse des politischen Systems oder die – trotz dauerhafter Bleibe – oftmals fehlende Staatsbürgerschaft und Wahlberechtigung bei Menschen mit Migrationshintergrund entfalten in den Städten nicht nur symbolisch, sondern auch faktisch ihre Wirkung. Soziale Ungleichheit wird zur politischen Ungleichheit, die durch Segregation noch zusätzliche Repräsentations- und Legitimationsprobleme befördert. Im sozialräumlichen, nachbarschaftlichen Umfeld schlagen sich die gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur spürbar im Alltag nieder; gerade das Lokale bietet auch die unmittelbare Möglichkeit, sich als Teil einer demokratischen Kultur wahrzunehmen und Demokratie als ein kooperatives – aber auch konfliktreiches – Problemlösungshandeln zu erfahren. Es bietet sich also an, gerade auch auf der Quartiersebene gezielt eine demokratische Entwicklung zu befördern. Damit ist die Gemeinwesenarbeit (GWA) adressiert, die sich seit ihrer Entstehung einer möglichst breiten Teilhabe aller Menschen in benachteiligten Kontexten widmet und auf Empowerment und Selbstbestimmung ausgerichtet ist. Sie sollte daher gerade in ressourcenärmeren Quartieren auch dazu prädestiniert sein, einen Beitrag zur Demokratiestärkung zu leisten.

Um die Potenziale und Wirkungszusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie strukturiert zu analysieren, hat der vhw die Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) mit der konzeptionellen Studie „Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit“ beauftragt. Um die Schnittstellen beider Konzepte historisch-systematisierend aufzuarbeiten, bedurfte es einleitend einer Verständigung über die

Begriffe, da für beide trotz häufiger Verwendung keine einheitlichen Definitionen bestehen.

Darin liegt bereits ein erster entscheidender Mehrwert der Expertise: Aufbauend auf bestehenden Konzepten wurde ein Modell lokaler Demokratie entwickelt, welches das komplexe Zusammenspiel von demokratischen Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten abbildet, aber diese in ihre Praxisformen sowie formal, informell und latent politische Bereiche zu strukturieren vermag. Darauf aufbauend konnten neun Thesen zur Förderung der lokalen Demokratie durch Gemeinwesenarbeit in den jeweiligen Politikbereichen abgeleitet werden. Dadurch ist es mit der Studie nicht nur gelungen, das unübersichtliche Themenfeld zweier uneinheitlich verwendeter Konzepte zu ordnen und Orientierung zu schaffen, sondern auch die Potenziale der GWA für die Stärkung lokaler Demokratie systematisch herauszustellen.

Inwieweit das Potenzial der GWA in konkreten lokalen Situationen tatsächlich greift, hängt dabei von einer Vielzahl von Kontextfaktoren ab. Diese standen im Fokus einer weiteren, empirisch angelegten Studie über die „Potenziale der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie“, mit der wir das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die Hochschule für angewandte Pädagogik (HSAP) beauftragt hatten und deren Ergebnisse in der Schriftenreihe Nr. 21 erschienen sind. Ohne darauf vorgreifen zu wollen, wird bereits aus der konzeptionellen Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen von GWA und lokaler Demokratie deutlich, dass mit der Gemeinwesenarbeit in Deutschland bereits ein etabliertes und professionelles Instrument implementiert ist, um Demokratiedistanz und -defizite in lebensweltlichen Kontexten entgegenzuwirken. Um die entsprechende demokratie-

fördernde Wirkung in der Arbeitspraxis zu erzielen, braucht es eine klare konzeptionelle Vorstellung lokaler Demokratie bei den im sozialräumlichen Kontext tätigen Akteurinnen und Akteuren und bessere, kontinuierlicher abrufbare Ressourcen. Darüber konzeptionell und gleichzeitig alltagspraktisch nachzudenken, erscheint vor dem Hintergrund sozialer Spaltung und politischer Polarisierung als relevanter denn je.

Dr. Anna Becker
Seniorwissenschaftlerin &
Clusterkoordinatorin

Dr. Olaf Schnur
Wissenschaftlicher Leiter

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

1 Ausgangslage und Zielsetzung der Studie

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (im Folgenden: vhw) hat unter der Leitung von Dr. Anna Becker und Dr. Olaf Schnur die Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung (ISOS) beauftragt, eine Kurzexpertise zum Thema Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie zu verfassen, die das Thema Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie aus einer theoretischen Perspektive rahmt und fundiert.

Anlass für den Inhalt dieser Studie waren folgende Vorüberlegungen des vhw: Die Transformation westlicher Gesellschaften führt zu einer neuen Problematisierung von Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen. Ein für den vhw wichtiger Aspekt dieser vielfältigen Problematisierung ist, dass die zunehmende sozioökonomische Ungleichheit in westlichen Gesellschaften einhergeht „mit einer Ungleichheit in der politischen Partizipation und der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen“ (Becker/Schnur 2018: 1) und diese sich immer auch räumlich niederschlägt (Stichwort: Segregation). Dadurch verstärken sich soziale, politische und räumliche Effekte der Benachteiligung gegenseitig. Da solche wechselseitigen Dynamiken für heutige Demokratien in verschiedener Hinsicht eine Herausforderung, ja teilweise eine Bedrohung darstellen, müsse der „Stärkung lokaler Demokratie [...] gerade in benachteiligten Stadtteilen eine große Bedeutung beigemessen“ (ebd.) werden. An diesem Punkt, der Suche nach Möglichkeiten zur Stärkung der lokalen Demokratie, bringt der vhw die Gemeinwesenarbeit (im Folgenden: GWA) ins Spiel und

fragt nach den Potenzialen von GWA zur Förderung lokaler Demokratie.

Vor diesem Hintergrund ist mit dieser Studie die Zielsetzung verbunden, Zusammenhänge und Perspektiven von GWA und lokaler Demokratie aus der Sicht Sozialer Arbeit zu beleuchten. Aus der disziplinären Sicht von Sozialer Arbeit deshalb, weil GWA als eine berufliche Praxis sowie als Gegenstand der Forschung und Theoriebildung ein ausdifferenziertes Wissens- und Fachgebiet der Sozialen Arbeit ist und hauptsächlich Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit im Praxisfeld der GWA tätig sind. Daher liegt es nahe, als leitenden theoretischen Blickwinkel den disziplinären Zugang der Sozialen Arbeit zu wählen, selbst wenn GWA als Arbeitsprinzip und theorie- und methodenintegrativer Handlungszugang streng genommen nicht eindeutig einer Disziplin und Profession zugeordnet bzw. auf diese beschränkt werden kann.

Gleichzeitig erfordert die Thematik der Studie auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema (lokale) Demokratie. Dieses wird zwar teilweise innerhalb der Sozialen Arbeit verhandelt, macht jedoch ergänzend dazu auch eine Öffnung zu politikwissenschaftlichen bzw. demokratietheoretischen Bezügen erforderlich, um die GWA und ihre Tätigkeiten besser im Kontext lokaler Demokratie verorten zu können.

Somit werden in der Studie zwei Ausgangspunkte miteinander verschränkt: Auf der einen Seite wird von der GWA historisch-systematisch auf demokratierelevante Aspekte geschlossen und auf

der anderen Seite wird von aktuellen Demokratiediskursen auf die GWA geblickt. Aus diesen beiden Zugängen können nicht nur die Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie deutlich werden, sondern auch neuartige, synthetisierende Perspektive entstehen.

Ausgehend von diesen Vorüberlegungen ergeben sich folgende zwei Fragestellungen, die für die Studie leitend sind:

1. Welche Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie lassen sich aus einem demokratie- und sozialarbeits-theoretischen Blickwinkel rekonstruieren?
2. Welche Perspektiven bieten sich aus Sicht der Sozialen Arbeit für die GWA im Hinblick auf die Mitgestaltung und Entwicklung lokaler Demokratie?

Im Kern geht es in dieser Studie also um eine Rekonstruktion von Zusammenhängen von GWA und lokaler Demokratie sowie um eine Entwicklung von Perspektiven für die GWA. Wie diese Aufgabe gelöst wurde, wird im folgenden Kapitel beschrieben.

2 Methodisches Vorgehen

Desktop-Analyse und Reflexion: Rekonstruktion der Zusammenhänge von GWA und Lokale Demokratie

Um die Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie zu rekonstruieren, wurde eine Literaturrecherche und fachliche Reflexion mit folgenden Zielsetzungen vorgenommen: Es gilt, einen Überblick darüber zu erhalten, wie das Thema (lokale) Demokratie innerhalb der einschlägigen Fachliteratur zur GWA, auf die sich der aktuelle deutschsprachige Fachdiskurs immer wieder bezieht, und die für diesen prägend ist, thematisiert wird. Leitend war dabei der Anspruch, die zentralen Argumentationslinien und Bezüge (Demokratieaspekte) herauszuarbeiten, um diese anschließend im Hinblick auf die Zielsetzung der Studie und die heutige Zeit weiter entwickeln zu können. Grundlage hierzu war der Kanon der für das professionelle Selbstverständnis wichtigsten und meistzitierten deutschsprachigen GWA-Literatur. Bei dieser Desktopanalyse ging es also um eine Spurensuche nach Zusammenhängen von GWA und (lokaler) Demokratie in einschlägigen klassischen Publikationen zur GWA. Die Entscheidung, die Recherche auf die deutschsprachige Literatur zu begrenzen, basiert auf der Überlegung, dass die je nach Ländern und Sprachregionen unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und sozial-kulturellen Kontexte sowie historischen Entwicklungen auch zu unterschiedlichen Verständnissen von GWA und Sozialer Arbeit insgesamt geführt haben. So sind Soziale Arbeit und GWA beispielsweise in Deutschland, Österreich und der Schweiz viel mehr in sozialpolitische und sozialstaatliche Bezüge eingebettet als in anderen Ländern, wo diese stärker aus zivilgesellschaftlichen Bezügen heraus agieren. Mit Blick auf diese unterschiedlichen Bezüge und die damit verbundenen historischen Entwicklungen,

wird in dieser Studie von einer spezifischen deutschsprachigen Theoriebildung und Praxistradition ausgegangen, die jedoch in sich wiederum sehr vielfältig ist.

Für die Thematik „Lokale Demokratie“ wurde, mit Fokus auf aktuelle Diskurse, in der Literatur aus den Bereichen Politikwissenschaft und Demokratietheorie nach Beiträgen recherchiert, mit welchen der Begriff *lokale Demokratie* für die Zielrichtung *Förderung lokaler Demokratie* genauer konturiert werden kann. Wie bereits bei der GWA wurde auch hier aus Überlegungen zur kontextuellen Passung und Anschlussfähigkeit vorwiegend nur die deutschsprachige Literatur miteinbezogen, da auch die spezifischen demokratischen Voraussetzungen (Wahlen, direktdemokratische Elemente etc.) teils sehr unterschiedlich sind und der Fokus dieser Studie auf GWA und lokale Demokratie in Deutschland liegt.

Telefonische Interviews

Ergänzend zu der Desktop-Analyse wurden drei leitfadengestützte Telefoninterviews mit einer Expertin und zwei Experten aus den Bereichen lokale Demokratie und GWA durchgeführt. Hier war das Ziel, die Ergebnisse der Literaturrecherche zu verifizieren (Theorie- und Praxisbezug) und zu ergänzen. Inhaltlich ging es bei den Leitfadeninterviews um das Verständnis von lokaler Demokratie, (mögliche) Berührungspunkte von GWA und lokaler Demokratie, die Frage der professionellen Positionierung der GWA im Kontext lokale Demokratie sowie relevante theoretische Bezüge. Für den Bereich GWA wurden für die Interviews eine ausgewiesene Expertin und ein ausgewiesener Experte aus

der deutschsprachigen GWA ausgewählt, die a) über eigene GWA-Praxis-erfahrungen verfügen, b) an einer Hochschule zum Bereich GWA lehren und forschen sowie c) sich am aktuellen Fachdiskurs mit eigenen Beiträgen aktiv beteiligen bzw. diesen mitgestalten. Befragt wurden:

- Prof. Dr. Oliver Fehren, Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Prof. Dr. Sabine Stövesand, Professorin für Soziale Arbeit und Sprecherin der Sektion GWA der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA), Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Für den Bereich Lokale Demokratie wurde für das Interview ein ausgewiesener Experte aus dem vhw ausgewählt, der a) über Praxiserfahrung in der Gestaltung lokaler Demokratie verfügt, b) aus dem Kontext des vhw zu lokaler Demokratie forscht und dieses Thema nach außen vertritt und weiterträgt (z. B. bundesweites Städtenetzwerk) sowie c) sich am aktuellen Diskurs zu lokaler Demokratie in Deutschland mit eigenen Beiträgen aktiv beteiligt bzw. diesen mitgestaltet. Befragt wurde in diesem Bereich:

- Dr. Thomas Kuder, Clusterkoordinator und Seniorwissenschaftler, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin

Alle drei telefonischen Interviews fanden im Zeitraum November und Dezember 2018 statt. Sie wurden auf Tonband aufgenommen, transkribiert und anschließend auf wichtige fachliche Informationen sowie für die Fragestellung der Studie relevante Aussagen und Begriffe hin ausgewertet.

Synthese

Die verschiedenen Inhalte und Ergebnisse aus der Desktopanalyse und den Telefoninterviews wurden fortlaufend in einem iterativen Prozess miteinander verknüpft und aufeinander bezogen, um so die relevanten Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie zu rekonstruieren, systematisieren, perspektivisch theoriebildend weiterzuentwickeln und schließlich in Form eines Berichtes zu verdichten und zu dokumentieren. Wichtige Impulse dazu erfolgten auch aus einem telefonischen Rückkoppelungsgespräch mit der Auftraggeberin anfangs März 2019 und einem thematischen Workshop Ende April 2019 beim vhw, an welchem die Zwischenergebnisse in einem größeren Kreis von zehn bis zwölf Fachpersonen vorgestellt und diskutiert wurden.

Abgeleitet aus diesem Vorgehen gliedert sich der Bericht in einen ersten Teil zu lokaler Demokratie, einen zweiten Teil zur GWA und einen Schlussteil, in dem die ersten beiden Teile zusammengeführt werden.

3 Lokale Demokratie – verschiedene Formen im Zusammenspiel

Die Verwendung des Begriffs *Demokratie* kann sich auf ganz verschiedene soziale Zusammenhänge beziehen. Allem voran wird Demokratie sicherlich mit demokratisch verfassten Staaten, also einer bestimmten Regierungsform, in Verbindung gebracht, auch wenn ebenfalls in anderen Zusammenhängen (wie z. B. mit lokaler Demokratie) auf den Begriff Demokratie Bezug genommen wird und es verkürzt ist, Demokratie nur als eine Regierungsform zu verstehen. Bevor jedoch das Thema *lokale* Demokratie vertieft wird, ist es sinnvoll, zunächst kurz auf das Thema Demokratie allgemein einzugehen und ein paar Themen und aktuelle Debatten aufzugreifen, die wiederum auch für lokale Demokratien relevant sind.

Formwandel der Demokratie: Kurze Skizze widersprüchlicher Entwicklungen

Über den Begriff der Demokratie und den Zustand von Demokratien wird in Deutschland kontinuierlich und kontrovers debattiert. Alle diese Debatten und Diagnosen zur „Krise der Demokratie“ (Lammert/Vormann 2017), „Bedrohungen der Demokratie“ (Brodoczet al. 2008) oder „Postdemokratie“ (Crouch 2008) deuten nicht zuletzt immer auch darauf hin, dass Demokratie letztlich ein „Essentially Contested Concept“ (Gallie 1956) ist, also ein Begriff oder Konzept, der bzw. das aufgrund seines starken Wertebezugs nicht nur umstritten, sondern ebenso historisch wandelbar und entwicklungs offen ist. Denn historisch betrachtet entfaltet

und entwickelt sich Demokratie als theoretisches Konzept und soziale bzw. politische Praxis gerade über lebendige Debatten und die Kritik an der jeweils bestehenden Form der Regierung und Demokratie weiter (vgl. Bringmann 2019; Oehler 2018: 13 ff.). Demokratie ist also eine Gestaltungsform des Sozialen, die sich aus sich selbst heraus in einem fortlaufenden Prozess immer wieder neu kritisiert, verhandelt, revidiert, an neue gesellschaftliche Gegebenheiten angepasst und revitalisiert werden kann – und muss (vgl. Rosanvallon 2016). Insofern ist es aus einer historisierenden Betrachtungsweise – welche auch Bedrohungen, Krisen und Rückschritte von Demokratien aber auch deren Transformation miteinschließt – mit Blick auf aktuelle Debatten schlüssiger, perspektivisch weniger von einem „Zerfall“ (Mounk 2018), als vielmehr von einem „Formwandel der Demokratie“ (Thaa/Volk 2018) auszugehen.

Vor dem Hintergrund dieser Perspektive lassen sich mit Blick auf die liberal repräsentativen Demokratie Deutschlands und ihre politischen Institutionen nun eine Reihe von aktuell häufig aufgegriffenen Themen und Entwicklungen benennen, die auf einen *Formwandel* der Demokratie hindeuten. Um ein paar in diesem Zusammenhang wichtige Themen exemplarisch kurz zu beleuchten, wird im Folgenden an der Analyse von Blühdorn (2013) angeknüpft.

Zum einen werden *Partizipationskrisen* beklagt, da sich die Bevölkerung aus dem politischen Leben zurückzieht, die Parteien einen Mitgliederschwund verzeichnen und an Wahlen und Abstimmungen eine vermehrte Nichtbeteiligung (von bestimmten Gruppen) festgestellt wird. Damit teilweise zusammenhängend, wird auch von neuen *Legitimations- und Repräsentationskrisen* gesprochen. Politik und Regierung vertreten immer mehr nur noch einen kleineren Teil der Bevölkerung und/oder ihr Handeln orientiert sich immer stärker an Systemzwängen, Expertenmeinungen und einflussmächtigen Akteuren (z. B. aus der Ökonomie), womit sie sich immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern und ihren

Interessen entfernen. Nicht zuletzt wird mit Besorgnis auch auf den *Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien* und neue Protestbewegungen hingewiesen, deren transformatives Potenzial für die Demokratie allerdings umstritten ist. Sei es, weil sie bisher geltende demokratische Grundüberzeugungen nicht teilen oder sich von der Demokratie soweit desillusioniert sind, dass sie sich in ihrem Selbstverständnis nicht mehr als Akteure der Demokratie verstehen (vgl. APuZ 2016; Blühdorn 2013: 12 ff.; Oehler 2018: 31 f.; Petring/Merkel 2011).

Handkehrum verfügt Demokratie als Idee und Regierungsform in der Bevölkerung aber auch innerhalb von Institutionen immer noch über einen ungebrochen *starken Rückhalt*. So wurde z. B. in Deutschland 2015 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zur Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung gestartet. Auch wird auf einen *demokratischen Kulturwandel* in vielen Lebensbereichen (Familie, Schule, Arbeitswelt etc.) als Folge der 1968er und anderer sozialer Bewegungen hingewiesen; Selbstbestimmung, Partizipation und Selbstorganisation sind zu wichtigen gesellschaftlichen Bezugspunkten geworden. Weiter wird festgestellt, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht unbedingt weniger, sondern vielmehr *anders engagieren*, also nicht mehr langfristig und verbindlich in Vereinen und Gewerkschaften über eine langjährige Mitgliedschaft, sondern mehr ad hoc in Projekten und politischen Aktionen, also eher losen Zusammenschlüssen. Zudem unternehmen Politik und Verwaltung viele Anstrengungen, die *Demokratie weiter zu demokratisieren*, indem besonders auf kommunaler Ebene vermehrt partizipative Formate abseits klassischer Verfahren wie Wahlen und Abstimmungen in Richtung Bürgerbeteiligung eröffnet und damit vermehrt auch bisher von partizipativen Prozessen eher ausgegrenzte oder in diesen kaum vertretene Gruppen und ihre Interessen miteinbezogen werden (vgl. BMFSFJ 2017; Blühdorn 2013: 35 ff.; Evers et al. 2015; Oehler 2018: 32).

Wie besonders beim zuletzt erwähnten Punkt, *Demokratie weiter zu demokratisieren*, erkennbar, können die unter der Chiffre *Formwandel der Demokratie* diskutierten Trends und Themen gerade auch auf Ebene der lokalen Demokratie ihren konkreten Ausdruck finden. Vielleicht ist es sogar die lokale Ebene, die für die weitere Entwicklung von Demokratien eine entscheidende Rolle spielt, da dort die politischen Entscheidungen getroffen werden, welche das unmittelbare Umfeld, die Lebenswelt der Menschen betreffen und ihre Bemühungen, ein gelingendes Leben zu führen, besonders stark beeinflussen. Gleichzeitig bietet die Ebene des Lokalen die unmittelbare Möglichkeit, sich als Subjekt einer Demokratie zu erfahren und Politik als ein kooperatives – was nicht heißt konfliktfreies – Problemlösungshandeln zu begreifen (vgl. Jörke 2003). Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund kam John Dewey in seinen demokratietheoretischen Überlegungen letztlich zu dem Schluss, dass die Demokratie auch unter komplexen modernen Lebensbedingungen zu Hause im Alltag beginnen müsse und dass „ihr Zuhause [...] die nachbarliche Gemeinschaft“ (Dewey 1996: 177) sei. So betrachtet hat lokale Demokratie auch in einer globalisierten Welt nichts an ihrer Aktualität eingebüßt – im Gegenteil. Denn trotz aller Globalisierung „verbringen die meisten Menschen den Großteil ihres Leben[s] weiterhin im Rahmen einer lokal begrenzten sozialen Welt, und ihr [politisches] Bewusstsein entwickelt sich in einer spezifischen geographischen Umwelt“ (Hunold 1996: 564

f.). Denn diese geographische Umwelt ist der Ort, an dem die Menschen gesellschaftliche Veränderungen, die ihre Lebensverhältnisse betreffen, am deutlichsten wahrnehmen und beginnen, diese als ein öffentliches und mit der Politik zusammenhängendes Problem zu deuten. Mit der Identifizierung der lokalen Umwelt als auch heute noch wichtiger Ort für die Demokratie stellt sich nun die Frage, wie der Begriff lokale Demokratie – auch als Gegenstand oder möglicher Bezugspunkt der GWA – genauer bestimmt werden kann.

Lokale Demokratie – Ein laufendes Experiment mit verschiedenen Formen lokaler Demokratie

Der Begriff lokale Demokratie ist zunächst weitgehend unbestimmt. In der Literatur wird der Begriff, wenn überhaupt, sehr unterschiedlich ausgelegt und es gibt keine einheitliche oder eindeutige Definition (vgl. Schnur et al. 2019: 4 ff.). Gleichwohl gibt es ausreichend Hinweise darauf, dass lokale Demokratie sowohl die repräsentativ-formale Demokratie als auch zivilgesellschaftliche und basisdemokratische Prozesse sowie damit zusammenhängende Akteure und Öffentlichkeiten umfasst. Diese erste Annäherung an den Begriff wurde durch die Interviews mit Fachpersonen validiert. Diese Validierung ergab, dass die Vorstellungen darüber, was lokale Demokratie bedeuten und beinhalten könnte, recht nahe beieinanderliegen und erkennbare Überschneidungen vorhanden sind. Die erste interviewte Person definierte lokale Demokratie als:

„...die Gesamtheit aller Vorgänge zwischen repräsentativem lokalem System, also dieser Zusammenhang zwischen Gemeinderäten, Verwaltung, Entscheidungsgremien, auf der einen Seite, und dem, was im Rahmen von Bürgerbeteiligung oder selbstorganisierter Zivilgesellschaft und so weiter passiert.“

Dieses Verständnis von lokaler Demokratie findet sich mit etwas anderen Begrifflichkeiten weitgehend auch bei der zweiten Person wieder: Lokale Demokratie beinhalte sowohl die „kommunal verfasste Demokratie“ als auch eine „Basisdemokratie im Zusammenhang sozialen Bewegungen“. Die dritte Fachperson legte den Fokus stärker auf die Funktion von Öffentlichkeit(en) und das Ringen um Interessen in einer (lokalen) Demokratie:

„Zu meinem Demokratieverständnis gehört in jedem Fall [...] die öffentliche Willensbildung und die öffentliche Verständigung über Interessen (...). Und ich glaube, dass es in vielerlei Hinsicht eine Variante ist, solche Öffentlichkeiten über lokale Zusammenhänge herzustellen. [Soziale Nahräume bieten auch heute; Erg. P. O.] [...] immer noch viel Potenzial als Kommunikationsraum, als Ort der Selbstverständigung und auch als Ort um dieses Ringen um Interessen auch auszutragen. Das ist das, woran ich bei lokaler Demokratie zuerst daran denke.“

Dieses in den Interviews geäußerte Verständnis von lokaler Demokratie findet sich auch weitgehend in der Literatur wieder. Lokale Demokratie wird dort zunächst oft in einen Zusammenhang mit demokratischen Strukturen und politischen Prozessen gebracht, die sich auf Ebene mikrogeographischer Räume wie Institutionen, Nachbarschaften, Quartieren und Kommunen bewegen. An diese

Deutung anschließend, wird lokale Demokratie daher teilweise auch synonym verwendet mit dem Begriff der *kommunalen Demokratie*, welcher die kommunale Selbstverwaltung, aber ebenso das partizipative Moment betont. Ein weiterer Zugang besteht darin, lokale Demokratie mit dem lokalen repräsentativen System und seinen Institutionen und geregelten Verfahren gleichzusetzen, während andere damit eher eine wie auch immer definierte variantenreiche und oftmals wenig formalisierte Demokratie „von unten“ meinen (vgl. Wiesner 2018: 30; Roth 1999). Ausgehend von dieser ersten groben Begriffsbestimmung wird nachfolgend die Strategie verfolgt, auf dieser Grundlage ein auch theoretisch fundiertes und zugleich entwicklungsorientiertes Verständnis und Modell oder Konzept von lokaler Demokratie zu entfalten und zu konkretisieren, das in hohem Maße anschlussfähig an die GWA ist und – als Voraussetzung dazu – verschiedene Formen oder Ebenen von lokaler Demokratie umfasst und integriert.

Den Zugang zu lokaler Demokratie nicht abschließend, sondern entwicklungsorientiert als eine „Demokratie im Werden“ (Rosanvallon 2010: 280), ja letztlich als einen Prozess zu definieren, basiert auf folgenden zwei Überlegungen. Zum einen können in einer Demokratie kreativ neue (Praxis-)Formen der Demokratie und politischen Beteiligung entstehen, erkämpft oder eingeführt werden. Die Grenze, was zu lokaler Demokratie dazugehört und was nicht, ist in einer Demokratie immer wieder neu in einem demokratischen Prozess zu verhandeln. Zum anderen ist davon auszugehen, dass lokale Demokratie verschiedene Formen lokaler Demokratie umfasst, die gleichzeitig dynamisch nebeneinander (inter-)agieren. Dabei können sie sich auf den gleichen oder auch einen jeweils anderen Gegenstand (z. B. ein bestimmtes Thema beziehen). Dabei kann es zu Überlappungen oder Schnittstellen zwischen diesen Formen kommen und selbst,

dass eine Aktivität einer Gruppe oder Initiative im Laufe eines Prozesses von einer Demokratieform in eine andere wechselt, ist denkbar. Lokale Demokratie wird hier also als ein fließendes und experimentelles Zusammenspiel verschiedener Demokratieformen innerhalb lokaler Demokratie begriffen, das verschiedenste Erfahrungsräume für demokratisches Handeln und politische Partizipation offenhält.

Ein solches Verständnis von lokaler Demokratie, das auch weitgehend kompatibel zu den Ausführungen zu GWA und lokaler Demokratie der Fachpersonen in den Interviews ist, lässt sich mit Rückgriff auf Beiträge von den Politikwissenschaftlern Norbert Kersting (2017: 83) und Roland Roth (2018: 1 ff. und Roth 2017: 159 ff.) weiter konkretisieren und in eine Systematik von sechs verschiedenen (Praxis-)Formen von lokaler Demokratie bringen. Gleichzeitig ist diese Systematik auch perspektivisch für die GWA geeignet, weil sie zum einen die verschiedenen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern im Kontext lokaler Demokratie deutlich hervorhebt und zum anderen auch den Aspekt einer demokratischen Alltagskultur mitberücksichtigt, die sich auf ganz unterschiedliche Lebensbereiche beziehen kann und die sozusagen auch eine wichtige Voraussetzung für ein demokratisches politisches Bewusstsein ist. Damit eröffnet sie ein für die GWA passendes Kontinuum von den (teilweise auch latent politisch) alltäglichen Lebenszusammenhängen der Menschen bis hin zu ihrer Teilnahme und Teilhabe in informellen und formalen politischen Bereichen. Demokratische Alltagskultur und (informelle bzw. formale) politische Partizipation bilden in dem hier favorisierten Verständnis von lokaler Demokratie einen engen und wichtigen Zusammenhang; wie dies auch in Abbildung 1 auf der folgenden Seite zum Ausdruck kommt.

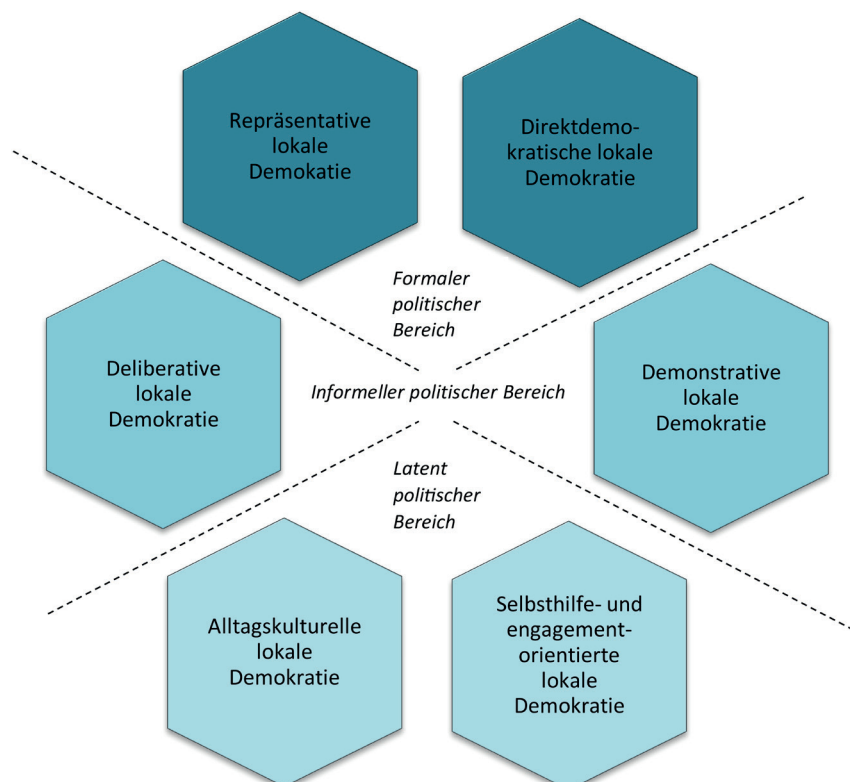


Abbildung 1: Praxisformen lokaler Demokratie (eigene Darstellung mit Bezügen zu Kersting 2016: 255; Roth 2018: 9 ff.)

Im Folgenden werden die einzelnen Formen lokaler Demokratie beginnend bei der repräsentativen lokalen Demokratie im Uhrzeigersinn kurz beschrieben (vgl. hierzu auch Kersting 2017: 83; Roth 2018: 1 ff.; Roth 2017: 159 ff.).

a) Repräsentative lokale Demokratie

Zur *repräsentativen* Form der lokalen Demokratie zählen die klassischen politischen Verfahren und Institutionen wie (Online-)Wahlen, Parlamente und Gemeinderäte. Im weiteren Umfeld aber ebenso politische Parteien, Verbände und Gewerkschaften, direkte Kontakte (auch via E-Mail und Facebook) zu Politikerinnen und Politikern sowie die Wahrnehmung von bestimmten politischen Ämtern und Mandaten.

b) Direktdemokratische lokale Demokratie

Bei der *direkt-demokratischen* Form der lokalen Demokratie geht es um die direkten Einflussmöglichkeiten auf die Politik. Hier kann es z. B. um die Direktwahl eines Bürgermeisters oder einer Bürgermeisterin gehen, aber ebenso um Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, (digitale) Bürgerhaushalte, Quartiersfonds, direkt-demokratische Aktivitäten von lokalen themenspezifischen Bündnissen wie den Berliner Wassertisch¹, Online-Petitionen und Online-Referenden.

c) Deliberative lokale Demokratie

Die *deliberative* Form der lokalen Demokratie hat in den letzten Jahrzehnten im Zuge einer partizipativen Wende stark an Bedeutung gewonnen. Typisch für diese Sphäre sind Beteiligungsverfahren zur Entscheidungsvorbereitung, Planungszellen, Bürgerforen, aleative Minipublics, Stakeholder-Konferenzen, Webforen und andere internetbasierte Dialogformen.

d) Demonstrative lokale Demokratie

Die *demonstrative* Form der lokalen Demokratie manifestiert sich beispielsweise über die Teilnahme an Demonstrationen und Protestcamps, das Tragen von Kampagnensymbolen, das Schreiben von Leserbriefen aber auch über digitale Reaktionen wie z. B. auf lokale Themen bezogene Shitstorms.

e) Selbsthilfe- und Engagement-orientierte lokale Demokratie

Die *Selbsthilfe- und Engagement-orientierte Form* lokaler Demokratie drückt sich in vielfältigen Formen der aktiven Mitgestaltung des Gemeinwesens aus. Im Vordergrund steht die weitgehend selbstbestimmte und/oder in Selbsthilfe organisierte Möglichkeit in Kooperation mit anderen im Kleinen etwas zur Verbesserung lokaler Lebensverhältnisse beizutragen (z. B. Gemeinschaftsgärten, Parkpatenschaft etc.). Auch sind solche Initiativen und Aktivitäten oftmals Orte, an denen ein demokratisches Miteinander erfahren und erlernt werden kann und soziales Kapital gebildet wird.

f) Alltagskulturelle lokale Demokratie

Die *alltagskulturelle Form* der Demokratie umfasst den alltäglichen demokratischen Umgang (demokratische Kultur; Demokratie als Lebensform, Demokratie als kulturelle Praxis) in Familie, Arbeit, Freizeit, Nachbarschaft, aber ebenso den bewussten expliziten Demokratiebezug in öffentlichen und privaten Einrichtungen wie Kindertagesstätten („Kinderstube der Demokratie“) und an Schulen. Oftmals wird diese kulturelle Komponente durch formale Strukturen und Instrumente wie z. B. Schulparlamente,

eine Kita-Verfassung etc. zusätzlich gestützt, institutionalisiert und abgesichert.

Aus demokratietheoretischer Perspektive ist also von einem vielfältigen und experimentellen Neben- und Miteinander von verschiedenen Formen lokaler Demokratie auszugehen. In dem Sinne umschreibt der Terminus lokale Demokratie zunächst ein Ensemble von Institutionen, Akteuren, Verfahren, Instrumenten, Handlungsorientierungen, ausgehandelten Ordnungen und Praktiken zur Selbstverwaltung, Steuerung, Gestaltung und zukunfts-offenen Weiterentwicklung von öffentlichen lokalen Lebenszusammenhängen und Prozessen eines lokalen Gemeinwesens durch kollektive Selbst- und Mitbestimmung der Mitglieder dieses Gemeinwesens.

Mit dieser Begriffsbestimmung wird hervorgehoben, dass (lokale) Demokratie mehr umfasst als nur das repräsentativ-demokratische System und den von diesem als auch von intermediären Akteuren ausgehenden Partizipationsmöglichkeiten. Ergänzend zu diesen in einem gewissen Sinne immer auch schließenden Erscheinungen der Demokratie, ist eine funktionierende und lebendige lokale Demokratie immer auch auf die wieder weiter öffnenden, nichtinstitutionalisierten Formen von Demokratie angewiesen (vgl. dazu mit Fokus auf Stadtentwicklung Beck/Schnur 2016). Lokale Demokratie beruht ebenso auf einem multiplen Regelsystem wie auch auf einer – selbstverständlich nicht konfliktfreien – demokratischen Kultur der Verständigung und des Dialogs (vgl. Kleger 1999: 188 ff.).

Überdies können diese sechs skizzierten Praxisformen lokaler Demokratie idealtypisch auch noch bestimmten politischen Bereichen oder Ebenen zugeordnet werden: dem latenten politischen, dem informellen politischen und dem formal politischen Bereich lokaler Demokratie. Der *latente politische Bereich* bildet sich weitgehend ohne explizite Bezugnahme auf die Politik. In dem Sinne liegt dieser Bereich sozusagen *außerhalb* formaler und informeller politischer Strukturen und Prozesse. Typisch für diesen Bereich sind etwa Vereine, lokale (Bürger-)Initiativen und Projekte, bei denen ein gelingender Alltag (alltagskulturelle lokale Demokratie) sowie Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement (selbsthilfe- und engagementorientierte lokale Demokratie) im Vordergrund stehen. Der Anspruch einer politischen Einflussnahme ist in der Regel sekundär. Gleichwohl sind die Akteure aus diesem Bereich

¹ „Der Berliner Wassertisch ist ein lokales Netzwerk von VertreterInnen unterschiedlicher Gruppen, Initiativen und interessierter BürgerInnen, die sich unter dem gemeinsamen Thema ‚Wasser gehört uns allen – Wasser ist ein Menschenrecht‘ zusammengefunden haben. Der Berliner Wassertisch versteht sich als interdisziplinäre Diskussions- und Informationsplattform und entwickelt Alternativmodelle für eine demokratische, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wasserbewirtschaftung in Berlin. Die gemeinsame Planung und Durchführung von öffentlichkeits- und medienwirksamen Aktionen ist ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung“ (<https://berliner-wassertisch.net/>). Vor diesem Hintergrund hat der Berliner Wassertisch u. a. ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe beantragt, das zu einem positiven Volksentscheid führte, sowie eine Wassercharta formuliert und erwirkt, dass das Berliner Abgeordnetenhaus Berlin zu einer Blue Community (Verpflichtung zu Grundsätzen wie Menschenrecht auf Wasser, Wasser als öffentliches Gut, Schutz der Berliner Gewässer etc.) erklärt hat (vgl. ebd.).

Bestandteil lokaler Demokratie. Der *informelle politische Bereich* zeichnet sich vor allem durch seine *punktuellen* und *projekt- bzw. themenbezogenen* Politikbezogenheit aus, wie diese in der deliberativen und demonstrativen lokalen Demokratie zum Ausdruck kommt. Der Politikbezug ist mehrheitlich explizit und deutlich, aber vielfach zeitlich begrenzt und eher unverbindlich. Der *formale politische Bereich* umfasst die formal *geregelten* und *institutionalisierten* Politikbereiche der repräsentativen und direkt-demokratischen lokalen Demokratie. Die Grenzen zwischen diesen drei Politikbereichen sind jedoch durchlässig und eigentlich ergibt sich das demokratische Zusammenspiel lokaler Demokratie erst aus dem Zusammentreffen und -kommen dieser drei Bereiche.

Die hier herausgearbeitete Systematik begreift lokale Demokratie also als ein komplexes Zusammenspiel von verschiedenen (Praxis-)Formen und Politikbereichen örtlicher Demokratie, die teilweise explizit aufeinander bezogen sind, teilweise aber auch weitgehend unvermittelt nebeneinander bestehen. Aufgrund dessen bedeutet lokale Demokratie in der Praxis letztlich immer ein „Experimentieren mit mehrfachen Zuständigkeiten, Ebenen und Verfahren [...], um Demokratie zu sichern, [...] und [auch] um sie zu wagen“ (Kleger 1999: 194).

Selbst wenn hier vom Grundsatz her lokale Demokratie demokratietheoretisch in Anlehnung an Dewey (1996) und andere als ein experimenteller kollektiver Problemlösungsprozess beschrieben wird,² klammert dies nicht aus, dass es ein paar weitere demokratietheoretische Bezugspunkte gibt, die auch mit Blick auf lokale Demokratie(n), nicht vergessen werden sollten; insbesondere auch wenn es darum geht, zu möglichst fairen, mehrperspektivischen und qualitativ guten Entscheidungen und Lösungen in einer Demokratie zu kommen.

Zur Frage der Legitimation von Entscheidungen in unterschiedlichen Formen der lokalen Demokratie

Auch in lokalen Demokratien mit ihren verschiedenen Formen stellt sich immer die Frage nach der demokratischen Legitimation. Insbesondere weil neue Formen der Beteiligung auf lokaler Ebene in den meisten Fällen „nicht über eine klassische wahlvermittelte Legitimation“ (Hill 2005: 569) verfügen und sich daher nicht auf diese weitgehend anerkannte und auch rechtlich fundierte Legitimation berufen und abstützen können. Allerdings weisen neuere Entscheide des Bundesverfassungsgerichtes auf einen Wandel im Demokratieverständnis „in Richtung auf ein ‚plurales Demokratiekonzept‘ [hin], in dessen Zentrum nicht mehr das (Staats-)Volk steht und in dem der Charakter des Demokratiekonzepts als Formprinzip einer zunehmenden Materialisierung des ‚entwicklungsoffenen‘ verstandenen Demokratiegrundsatzes zu weichen habe“ (ebd.). In dem Sinne erlaube das Grundgesetz aus Sicht des Bundesverfassungsgerichtes „für abgegrenzte Bereiche der Erledigung öffentlicher Aufgaben durch Gesetz besondere Organisationsformen der Selbstverwaltung zu schaffen“, da diese „funktionale Selbstverwaltung“ das demokratische Prinzip ergänze und verstärke bzw. über ein wirksames Mitspracherecht der Betroffenen nicht nur verwaltungsexterner Sachverstand aktiviert würde, sondern auch ein sachgerechter Interessensausgleich und die effektive Erreichung von Zielen erleichtert würde (vgl. ebd.: 569). Das bedeutet, dass eine demo-

kratische Legitimation nicht zwingend oder nur ausschließlich, über eine Wahl und entsprechende politische Repräsentantinnen und Repräsentanten erfolgen muss. Es gibt also auch andere Formen demokratischer Legitimation.

Gleichwohl wird das bisher vor allem im Zusammenhang mit der repräsentativen Form der Demokratie und ihren Einrichtungen diskutierte doppelte Problem der Legitimation auch auf Ebene lokale Demokratie relevant. Scharpf beschreibt dieses Problem so:

„Dabei [bei der kollektiven Selbstbestimmung; Anm. P. O.] geht es immer um das doppelte Problem der Effektivität und Authentizität der Selbstbestimmung. Das Gemeinwesen muss fähig sein, das Kollektivinteresse wirksam zu fördern, und es muss gewährleisten, dass die dafür notwendige Herrschaftsgewalt im Sinne der Mitglieder (und nicht für die separaten Interessen der jeweils Herrschenden) eingesetzt wird. Dem entspricht in der demokratietheoretischen Tradition der Dualismus output-orientierter und input-orientierter Perspektiven (Scharpf 1970, 21-28). Die Input-Perspektive betont die Partizipation der Bürger und die Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber den Regierten; die Output-Perspektive betont die sachliche Qualität der Politik und die Effektivität der Orientierung auf das Gemeinwohl, die erst die Opfer rechtfertigen kann, die kollektives Handeln von den Einzelnen fordert.

Das zwischen Authentizität und Effektivität bestehende Spannungsverhältnis hat die demokratietheoretische Diskussion immer wieder dazu verführt, die eine gegen die andere Seite auszuspielen. Tatsächlich wird jedoch die Demokratie durch gemeinwohlschädliche Politik ebenso untergraben (Sartori 1991) wie durch die Abkoppelung der Herrschaftsausübung von Prozessen der demokratischen Willensbildung und Verantwortung. Die demokratische Praxis muss also auf die eine oder andere Weise beiden Anforderungen zugleich gerecht werden“ (Scharpf 1992: 7; Herv. i. O.)

Eine Möglichkeit, dieses Problem zu entschärfen und auszubalancieren, liegt darin, dass die verschiedenen Akteure und Interessensgruppen im Sinne einer Overlapping Membership (Scharpf 1992: 29) erkennen und anerkennen, dass Verhandlungen in einer Demokratie „zwischen differenzierten Vertretungsorganen des gleichen kollektiven [...] ‚Selbst‘“ (ebd.: 30) geführt werden und nicht zwischen voneinander unabhängigen Gruppen und Feinden. Demokratische Politik zeigt sich dann vor allem in der Fähigkeit, gemeinsam – also in der Kooperation von Regierenden und Regierten – realitätsgerechte Situationsdeutungen und Beurteilungskriterien zur Veränderung zu entwickeln. Wichtiger als der Wettbewerb und die Durchsetzung einer bestimmten Position ist schließlich vielmehr „die ‚integrative‘ Diskussion darüber, ob in Verhandlungen insgesamt – das heißt für alle Beteiligten gemeinsam – das bestmögliche Ergebnis erreicht wurde“ (ebd.). Im politischen Alltag ist diese Logik³ – eines größtmöglichen

² Zur Aktualität von Deweys demokratischem Experimentalismus vgl. Antic 2018 und Reder 2018.

³ Als Beispiel für diese Logik weist Scharpf auf die Schweizerische Konkordanzdemokratie hin.

Einbezugs von Akteuren in den Prozess und des Fällens von Entscheidungen auf Grundlage eines Konsenses – „schwer zu verwirklichen und schwer durchzuhalten. Aber das spricht nicht gegen ihre demokratische Legitimität.“ (ebd.).

Die Frage der demokratischen Legitimation z. B. von kommunalen Entscheiden bleibt für die lokale Demokratie eine wichtige und gerade angesichts verschiedener demokratischer Innovationen offene Frage, die sich wahrscheinlich nicht zuletzt auch im Einzelfall behutsam vortastend gelöst werden muss. Neben der bereits hier angesprochenen Input-Legitimation durch Partizipation und der *Output-Legitimation* durch Effektivität gibt es aus politikwissenschaftlicher Sicht auch noch die *Throughput-Legitimation*, die durch Transparenz der Entscheidungsprozesse und -kriterien hergestellt wird (vgl. Hill 2005: 568).

Zur Frage der Responsivität in lokalen Demokratien

Ein weiterer Themenbereich, der auch für die lokale Demokratie relevant ist, ist die Frage der Responsivität. Responsivität bedeutet, dass die Regierung bei ihren Entscheidungen die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt und ihre Entscheide an deren Willen rückkoppelt. Gleichzeitig verfügen die Regierenden im Rahmen ihrer politischen Repräsentation jedoch notwendigerweise auch über einen bestimmten „autonomen Handlungsspielraum für politische Entscheidungen“ (Elsässer 2018: 24). Weder sind sie „passive ‚Delegierte‘ der Bevölkerung, [...] noch völlig unabhängige ‚Treuhandler‘, die den Repräsentierten keinerlei Rechenschaft über ihre Handlungen schuldig sind“ (ebd.: 24 f.). „Politische Repräsentation findet demnach in einem Spannungsfeld zwischen Responsivität und autonomem Handlungsspielraum statt“ (ebd.: 24). Die Frage der Responsivität wird vor allem dann virulent, wenn die in liberalen Demokratien entstehenden sozioökonomischen Ungleichheiten dazu führen, dass die Stimmen und Anliegen der sozial schlechter gestellten Schichten weniger in die politischen Prozesse miteinfließen und berücksichtigt werden bzw. diese sozialen Gruppen an den verschiedenen politischen Partizipationsprozessen selber weniger beteiligt sind – wenn also aus sozialer Ungleichheit ungleiche Responsivität entsteht, was letztlich der Tendenz nach auch wieder zu einer Reproduktion oder sogar Verschärfung sozialer Ungleichheit führt (vgl. Elsässer 2018: 12 ff.).

Wird nun eine sozialstrukturelle Gruppe von dem repräsentativen System dauerhaft oder systematisch nicht oder weniger beachtet als andere Teile der Bevölkerung, und die Rückkopplung zu diesen Gruppen funktioniert nicht (mehr), entspricht dies einer ungleichen bzw. selektiven politischen Responsivität. Unter der Perspektive von politischer Gleichheit – im Sinne einer „Gleichverteilung von Einflusschancen auf politische Entscheidungen“ (ebd.: 26) – ist dies zu kritisieren, weil „nicht alle sozialen Gruppen dieselben Chancen haben, dass ihre Anliegen im politischen Prozess gehört und umgesetzt werden“ (ebd.). So kommt Elsässer in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ökonomische Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt wird: „Wer einer unteren Einkommens- oder Berufsgruppe angehört, hat eine geringere Chance darauf, dass seine oder ihre Anliegen politisch umgesetzt werden“ (ebd.: 131).

Aus demokratietheoretischer Perspektive ist es also nicht nur ein Problem, wenn sich insgesamt weniger Menschen an forma-

len und/oder repräsentativen Formen der Demokratie (sinkende Wahlbeteiligung, Mitgliederverluste in Parteien und Gewerkschaften etc.) beteiligen, sondern auch, dass sich insbesondere sozioökonomisch schwache Gruppen weniger beteiligen, und dies sowohl an formalen, als auch an den anderen neuen Beteiligungsformen, die ein aktives und selbstbewusstes Engagement erfordern. Dieser von Elsässer herausgestellte Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Beteiligung wirft die Frage auf, wie die Anliegen der tieferen sozialen Lagen bei politischen Entscheidungsprozessen besser eingebracht und berücksichtigt werden können. Eine mögliche Antwort darauf sind sogenannte deliberative Minipublics, auf die im nächsten Abschnitt kurz eingegangen wird.

Erweiterte Teilnahme und Inklusion aller relevanten Perspektiven

Ein Lösungsansatz, mit dem versucht wird, soziale Diskrepanzen und politische Ungleichheiten zu überbrücken, sind deliberative Minipublics. Diese sollen als deliberative Beteiligungsformate die formalen politischen Institutionen des repräsentativen Systems ergänzen – und im Idealfall sind diese mit dem repräsentativen politischen System verknüpft bzw. in dieses eingebettet. Eine Pointe dieser Formate besteht darin, dass bereits „vor der eigentlichen Deliberation in der deliberativen Minipublic“ (Schaal/Wilhelm 2018: 212) geeignete Verfahren zum Einsatz kommen und Prozesse initiiert werden, welche die Beteiligungsgerechtigkeit (Equity) an den Minipublics selbst erhöhen. Die hier jeweils zum Einsatz kommenden Verfahren sind sehr vielfältig und können auf den jeweiligen Ort abgestimmt werden. Um Beteiligungsgerechtigkeit (Equity) herzustellen wird beispielsweise auf Tools wie ein Random-Stratified Sampling“ oder Recruitment zurückgegriffen (vgl. ebd.).

Jedoch werden solche Modelle zur Erhöhung der Beteiligungsgerechtigkeit aus theoretischer Perspektive auch kritisiert, weil sie „das liberale Kriterium der politischen Gleichheit (Equality) verletzen“ (ebd.) würden. Während also Gerechtigkeit (Equity) „den sozioökonomischen und/oder soziokulturellen Status bei der Auswahl der TeilnehmerInnen eines deliberativen Beteiligungsformats“ (ebd.) zum Thema macht, verweist Gleichberechtigung (Equality) auf „das Ideal der formalen Gleichheit unter Ausschluss sozioökonomischer oder soziokultureller Differenzen als Kriterium der Teilnahme“ (ebd.). Damit stehen sich zwei demokratische Prinzipien – Gleichheit bzw. Gleichberechtigung (Equality) und Gerechtigkeit (Equity) – gegenüber, die scheinbar „nicht gleichzeitig optimiert werden können, weshalb schlussendlich fallspezifisch entschieden werden [müsse], ob dem Kriterium formaler Gleichheit oder dem Kriterium der Gerechtigkeit der Vorzug gegeben werden soll“ (ebd.).

Eine mögliche Strategie, um diesem Dilemma und dem damit verbundenen Legitimationsproblem von und in Entscheidungsprozessen zu entgehen, ist auf dem Prinzip der Gleichheit aufzubauen und gleichzeitig, in Form von gleich(wertigen) relevanten Betrachtungswinkeln alle Perspektiven (also sowohl diejenige von Beteiligten, als auch diejenigen von hauptsächlich nur Betroffenen bzw. Nichtteilnehmenden) in die Deliberation miteinzubeziehen. Bezüglich der Quotierung können diese *Perspectives* beispielsweise „auf der diskursiv konstruierten Identität von

Gruppen aufbauen“ und somit auch spezifische „sozioökonomische und soziokulturelle Positionen berücksichtigen“ (ebd.: 213). Das bedeutet außerdem, dass diese Gruppen nicht zwingend selbst an den deliberativen Prozessen anwesend sein und ihre Perspektive vertreten müssen, da bereits im Vorfeld deliberativer Formate im Hinblick auf die „Entscheidungsthematik sowie [die] Struktur der Betroffenheit“ (ebd.: 212) gezielt mit ausgewählten Personen diskursiv soziale Wahrnehmungen bestimmter Gruppen ermittelt und gebündelt werden, welche dann von Vertreterinnen und Vertretern dieser Gruppen selbst oder von Fachpersonen als deren *Perspectives* in die deliberativen Prozesse (stellvertretend) eingebracht werden.

„In Bezug auf die Legitimationsfrage erfolgt damit eine Verschiebung von der personalen Identität der Entscheidungsbetroffenen und Entscheidungsberechtigten zur Inklusion aller relevanten perspectives. Da perspectives soziale Konstrukte von Gruppen sind, ist eine personale Inklusion aller Betroffenen nicht mehr notwendig. Equity wird vielmehr durch die Repräsentation von perspectives durch Gruppenrepräsentanten, die idealerweise auch Gruppenrepräsentanten sind, erzeugt“ (ebd.: 213; Herv. i.O.).

Über solche Zugänge und Anstrengungen kann es gelingen, das Prinzip der Gleichheit zu wahren und ebenso alle bzw. bestimmte sozioökonomische oder soziokulturelle Positionen ausreichend zu berücksichtigen. Gleichzeitig gehören zu einer lokalen Demokratie neben solchen arrangierten Beteiligungsformen immer auch nichtinstitutionalisierte demokratische Formen und Praktiken bis hin zu Protesten und zivilem Ungehorsam, die teilweise gerade auch von politischen Subjekten ohne rechtlichen Status ergriffen werden. Denn wie die Geschichte der Demokratie zeigt, kann eine weiter voranzutreibende Demokratisierung der Demokratie nicht alleine und „nicht vollkommen den Lernprozessen und den Selbstkorrekturprozessen von Institutionen überlassen“ (Zitat Celikates in: Blühdorn et al. 2018: 247) werden. Institutionen der Demokratie brauchen für ihre Demokratisierungsdynamik immer wieder außerinstitutionelle Entwicklungsimpulse, die manchmal auch konfliktreich sind und bestehende Formate infrage stellen.

Nachdem nun ein mögliches Verständnis von lokaler Demokratie ausgeführt und ergänzend dazu ein paar aus demokratietheoretischer Perspektive wichtige Bezugspunkte benannt wurden, kann in einem nächsten Schritt auf die GWA eingegangen werden.

4 Gemeinwesenarbeit als Handlungskonzept und professionelle Praxis Sozialer Arbeit

Unter GWA wird im Folgenden ein Handlungskonzept und eine professionelle Praxis Sozialer Arbeit verstanden. Seit über 100 Jahren wird in der Sozialen Arbeit bereits zu GWA geforscht und theoriebildend gearbeitet. So ist GWA zu einem ausdifferenzierten Wissens- und Fachgebiet der Sozialen Arbeit geworden (vgl. Stövesand et al. 2013). Da GWA in der Sozialen Arbeit verortet wird, wirft die Frage nach den Zusammenhängen von GWA und lokaler Demokratie ein Stück weit auch die Frage nach dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie im Allgemeinen auf, insbesondere da Soziale Arbeit als Beruf historisch betrachtet zu einem wesentlichen Teil auch aus Kämpfen der Arbeiter- und Frauenbewegung um Demokratie hervorgegangen ist. Weiter lässt sich an der Theoriebildung und Praxis der Pionierinnen Sozialer Arbeit wie Jane Addams und Alice Salomon aufzeigen, dass Demokratie als Wert und handlungsleitendes Prinzip – aber ebenso als gesellschaftlicher-politischer Kontext – in dieser frühen Phase einen überaus wichtigen Bezugspunkt für die Soziale Arbeit dargestellt hat (vgl. Oehler 2018: 28 ff. und 207 ff.). Aber nicht nur früher, sondern bis heute gibt es in der Theorie- und Praxisgeschichte der Sozialen Arbeit immer wieder Anläufe, Soziale Arbeit und Demokratie miteinander zu verbinden und den Beitrag Sozialer Arbeit zur Stärkung von (lokaler) Demokratie herauszustellen (vgl. Köttig/Röh 2019).

Über dies hinaus kann festgehalten werden, dass Soziale Arbeit als professionelles Hilfesystem insgesamt mittlerweile zu einem wichtigen und selbstverständlichen Bestandteil demokratischer Staaten und Gesellschaften geworden ist, selbst wenn ihr Beitrag diesbezüglich nur selten expliziert wird. Der historisch-empirisch starken Verbindung von Demokratie und Sozialer Arbeit gegenüber steht jedoch eine relativ schwache Theoriebildung. Wie sich Soziale Arbeit konzeptionell und im professionellen Handeln an Demokratie orientieren kann, wird in der Theoriebildung Sozialer Arbeit insgesamt nur selten und vertieft thematisiert. Dies wiederum hat zur Folge, dass das Thema Demokratie für die Disziplin und Profession Soziale Arbeit trotz ihrer Affinität zum Thema bisher fragmentarisch geblieben ist. Noch heute gibt es kaum auf die Profession bezogene fundierte Grundlagen dazu, wie sich Demokratie und professionelles Handeln miteinander (systematisch) verbinden lassen. Es fehlt in der Sozialen Arbeit an Orientierung zum Thema, obwohl das Thema Demokratie sowohl für das Selbstverständnis und damit auch das Selbstbewusstsein dieser Profession als auch für ihre gesellschaftliche Funktion grundlegend ist (vgl. Oehler 2018: 1 ff.). Diese Einschätzung, dass Soziale Arbeit demokratietheoretisch (zu) wenig fundiert ist, trifft auch für den Bereich der GWA zu, selbst wenn hier der Bezug zum Politischen oder Demokratischen im Vergleich zu anderen Bereichen Sozialer Arbeit noch häufiger thematisiert wird.

Das Handlungskonzept Gemeinwesenarbeit

Wie bereits oben erwähnt, kann die GWA auf eine lange Geschichte zurückblicken, in deren Verlauf sich unterschiedliche Verständnisse von GWA und Bezüge zu Demokratie herausgebildet haben, auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird. An dieser Stelle geht es zunächst darum, dasjenige Verständnis von GWA zu benennen, von dem für diese Studie ausgegangen wird. Um den Begriff GWA genauer zu bestimmen, wird hier auf die GWA-Definition von Dieter Oelschlägel zurückgegriffen. Dieter Oelschlägel hat, aufbauend auf dem Grundlagenwerk „Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung“ (Boulet et al. 1980), das 1980 erschienen ist, die Theoriebildung zur GWA im deutschsprachigen in den letzten Jahrzehnten maßgeblich mitgeprägt. In einem erst vor wenigen Jahren erschienenen Beitrag, der viele seiner Grundüberlegungen zur GWA gut zusammenfasst, definierte er GWA so:

„Ein Gemeinwesen ist ein soziales System, ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen, die in einem umschriebenen Gebiet (Stadtteil, Nachbarschaft, Straße, Dorf...) leben und/oder arbeiten. Folglich ist Gemeinwesenarbeit eine sozialräumliche Strategie sozialer Arbeit im weitesten Sinne, die sich ganzheitlich auf ein Gemeinwesen, also auf die Lebenszusammenhänge von Menschen, und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung, Arbeitsplätze usw.), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen...) und immateriellen (Bildung, Kultur, Partizipation, Integration, soziale Beziehungen) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Menschen.

Es geht ihr um die Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese sie selbst sehen (Lebensweltorientierung). Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit sieht seinen zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen.

Dabei darf GWA sich nicht auf die Unterstützung subjektiver Bewältigungsstrategien beschränken, sondern muss die Widersprüchlichkeit prekärer Lebensverhältnisse thematisieren und auf kollektive Strategien der Bewältigung hinarbeiten“ (Oelschlägel 2016: 50 f.).

Diese für das deutschsprachige Verständnis von GWA weiterhin gültige Definition deutet bereits an, dass GWA neben der Verbesserung der Lebensbedingungen und der (kollektiven) Handlungsfähigkeit von Menschen immer auch einen Aspekt von politischer Bildung (Demokratiebildung) beinhaltet bzw. GWA immer auch politisch ist, da sie programmatisch – im Sinne einer partizipativen Demokratie – stets auf die Erhöhung der Erreichung einer politischen Partizipation der Menschen im Gemeinwesen hinarbeitet (vgl. Oelschlägel 1999: 18).

Ausgehend von diesem Verständnis gibt sich GWA sozusagen qua Selbstdefinition einen politisch-demokratischen Auftrag, der sich aus ihrem demokratischen Gesellschafts- und beruflichen Selbstverständnis als Profession Sozialer Arbeit und aus

ihren Bezügen zu Menschenrechten und Demokratie ableitet (vgl. Mührel/Birgmeier 2013). Insofern ist es nicht erstaunlich, dass sich in der Literatur zur GWA auch immer wieder Bezüge zu (lokaler) Demokratie finden. Allerdings nimmt das Thema insgesamt doch eher einen marginalen Platz ein und die handlungsbezogene Theoriebildung zu GWA und (lokaler) Demokratie bleibt vorrangig den Professionellen vor Ort überlassen, muss also in den konkreten GWA-Organisationen und -Projekten geleistet werden.

Die bisherigen Fundstellen zu (lokaler) Demokratie in der GWA-Literatur ergeben jedoch einen wertvollen Fundus, aus dem geschöpft werden kann, um die Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie herauszuarbeiten und deutlicher zu bestimmen. Diese Rekonstruktionsarbeit, die einen Beitrag zur Theoriebildung von GWA leistet, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

5 GWA und lokale Demokratie – neun Zusammenhänge

Wie die Soziale Arbeit als Beruf und Profession, kann auch das aus diesen Arbeitsbezügen heraus entwickelte Handlungskonzept der GWA auf eine über 120-jährige Geschichte zurückblicken. Im Verlauf der Zeit wurde dieses Konzept vielfach – teils auch unter anderen Bezeichnungen – mit unterschiedlichen Akzenten, Fokussen, Interpretationen, theoretischen Fundierungen, Herangehensweisen und Zielsetzungen umgeschrieben, weiterentwickelt und reformuliert. Trotzdem gibt es so etwas wie einen weitgehend stabilen harten Kern der dieses Konzept auszeichnet und der von Boulet, Krauss und Oelschägel (1980) für die Soziale Arbeit fundiert diskutiert und dargelegt wurde.⁴ Auf dieser Grundlegung basiert auch das dieser Studie zugrunde liegende Verständnis von GWA (siehe dazu die im vorherigen Kapitel zitierte Definition von Oelschlägel 2016). Um diesen harten Kern herum oder in Auseinandersetzung damit, wurden immer wieder verschiedene Ansätze von GWA formuliert, die immer auch in Relation zu bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen und aktuellen Themen sowie neuen theoretischen Strömungen innerhalb der Sozialen Arbeit zu sehen sind. So entstand mit der Zeit eine nur schwer überblickbare Vielzahl von GWA-Ansätzen und -Verständnissen, die mittlerweile immer wieder eine Verständigung darüber erforderlich macht, was mit GWA gemeint ist, wenn darüber gesprochen wird. Der Begriff GWA ist also bei weitem nicht selbsterklärend.

Um im Rahmen dieser Studie die zentralen Zusammenhänge von GWA und (lokaler) Demokratie zu rekonstruieren, wurden die für den deutschsprachigen GWA-Diskurs maßgeblichen Ansätze und

entsprechenden Textstellen auf darin enthaltene Demokratieaspekte durchgesehen und anschließend aus diesem Textmaterial induktiv und abduktiv auf das professionelle Handeln bezogene „Regeln“ (vgl. Reichertz 2013: 87) in Form von Zusammenhängen von GWA und lokaler Demokratie herausgearbeitet. In diesen Prozess als Texte zusätzlich miteinbezogen wurden auch die drei transkribierten Interviews mit den Expertinnen und Experten aus dem Bereich GWA und lokaler Demokratie. Eine Auswahl von Interview-Aussagen, in welchen diese herausgefilterten Zusammenhänge entsprechend erkennbar werden, findet sich in paraphrasierter Form wiedergegeben in der Tabelle Korrelationen Interviews und Zusammenhänge im Anhang. Aus dieser Analyse und Rekonstruktion konnten schließlich neun mögliche Zusammenhänge von GWA als professionelle Praxis vor Ort und lokaler Demokratie herausgefiltert werden. Diese in der Folge aufgelisteten Zusammenhänge verdeutlichen, welchen Beitrag GWA zu lokaler Demokratie und Demokratieförderung leistet bzw. potenziell leisten kann.

⁴ Dort beschreiben sie «GWA als eine professionelle Tätigkeit», die «auf ein Gemeinwesen – z.B. Stadtteil, Dorf, Institution – bezogen» ist, «Probleme in ihrem sozial-ökologischen Kontext» bearbeitet und sieht; dabei «verschiedene Methoden» integriert, «in aller Regel trägerübergreifend» arbeitet, auf eine zielgruppenübergreifende «Aktivierung der Bevölkerung» setzt und sich an «die gesamte Bevölkerung des Gemeinwesens» richtet, und die meist von «sozialen Konflikte[n]» ausgeht, aber auch präventiv als «Frühwarnsystem» oder sozialplanerisch agiert (Boulet et al. 1980: 179 f.).

Die neun Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie

Zusammenhang 1: GWA hilft, alltägliche Probleme zu lösen

Die GWA hilft alltägliche Probleme aufzunehmen und vor Ort demokratisch zu lösen, die auch unterhalb der Schwelle von dem liegen, was allgemein mit (formaler) Demokratie in Verbindung gebracht wird. Trotzdem kann man dies als einen indirekten Beitrag zur Demokratie sehen, da sich jemand den Leuten zuwendet und ihrer Probleme annimmt. Dies schließt nicht aus, dass diese Probleme – insbesondere, wenn sie gehäuft auftreten – in öffentliche Probleme transformiert werden, welche die Demokratie direkt betreffen, oder zugleich vorhandene Selbsthilfepotenziale der betroffenen Menschen durch die GWA zur Problemlösung aktiviert werden.

Zusammenhang 2: GWA begreift die Menschen mit denen sie arbeitet und sich selbst als politische Subjekte und Teil lokaler Demokratie

GWA versteht die Menschen mit denen sie arbeitet und sich selbst (als fachliche Organisation) als Teil einer lokalen Demokratie. Dies bedeutet, dass GWA ihre Klientel ermutigt und unterstützt, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Gleichzeitig nimmt sich auch die GWA das Recht, soweit dies zu ihrem professionellen Auftrag und fachlichen Selbstverständnis passt, sich an politischen Prozessen, welche ihr Zuständigkeitsgebiet betreffen, als Fachorganisation aktiv zu beteiligen. In Ausnahmefällen tritt GWA auch anwaltschaftlich für ihre „Klientel“ auf, wenn diese sich nicht selbst vertreten kann.

Zusammenhang 3: GWA trägt zur Demokratiebildung und zum Demokratielernen in lokalen Demokratien bei

GWA kann im Rahmen ihrer Arbeit zur Demokratiebildung von Bürgerinnen und Bürgern aber auch anderen Akteuren beitragen. Sie schafft und gestaltet Räume (mit), in denen Demokratie als soziale und politische Praxis erfahren werden kann. Außerdem kann sie Menschen auch praxisbezogen und lebensweltnah Wissen zur Verfügung stellen und/oder über konkrete Projekte vermitteln, wie (lokale) Demokratie geht, oder politische Informationsveranstaltungen organisieren (z. B. Wahlveranstaltung im Quartier).

Zusammenhang 4: GWA leistet Hilfe bei der Partizipation von Menschen an der lokalen Demokratie

GWA unterstützt die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an unterschiedlichen Formen lokaler Demokratie auf vielfältige Art und Weise. Sie kann Zugänge zu unterschiedlichen demokratischen Formaten schaffen, zu deliberativen Formaten begleiten, bei der Planung eines Bürgerforums beratend behilflich sein, einzelne Programmteile von partizipativen Veranstaltungen moderieren oder selbst ein partizipatives Projekt ins Leben rufen. Ein besonderes Augenmerk liegt bei alldem – im Sinne eines Machtausgleichs – auf der Partizipation von Menschengruppen, welche normalerweise nicht oder wenig in partizipativen Formaten vertreten sind, und/oder in der Artikulation ihrer Interessen weniger geübt sind.

Zusammenhang 5: GWA kann zwischen verschiedenen „Welten“ innerhalb lokaler Demokratien übersetzen und vermitteln

GWA kann mit ihrer Fähigkeit, sich in verschiedenen Welten zu bewegen, zu einer intermediären Verständigung z. B. zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern beitragen und so

unterschiedliche Sichtweisen auf ein Thema oder Problem ins Gespräch bringen. Damit erbringt sie einen wichtigen Beitrag zu perspektivenübergreifenden und kooperativen Problemlösungen.

Zusammenhang 6: GWA unterstützt Menschen darin, soziale Probleme öffentlich zu benennen und in den politischen Diskurs einzubringen

GWA ermöglicht und unterstützt über das Zusammenbringen von Menschen und das Anbieten von Plattformen, die Bildung kritischer Öffentlichkeiten um (soziale) Themen, die nach Ansicht der Betroffenen in der Politik zu wenig beachtet werden. Sie hilft also mit, von der Politik bisher vernachlässigte oder neue Themen (wieder) mehr in politische Diskurse einzubringen.

Zusammenhang 7: GWA unterstützt Selbsthilfe, Engagement und Selbstverwaltung in der lokalen Demokratie

GWA fördert Initiativen, Projekte und Prozesse, welche dazu beitragen – teils auch ergänzend zu anderen bestehenden Lösungsansätzen – problematische Situationen durch Selbsthilfe und Engagement zu entschärfen oder zu verbessern. Ebenso unterstützt GWA bei Bedarf auch Projekte in Richtung Empowerment (z. B. von bestimmten Gruppen oder um bestimmte Themen herum) und demokratischer Selbstverwaltung definierter räumlicher Objekte oder Angebote (z. B. durch Hilfe zu Vereinsgründung).

Zusammenhang 8: GWA fördert die Vernetzung und den Austausch auf und zwischen verschiedenen Ebenen und Formen lokaler Demokratie

Mit ihrer Arbeit im und am Gemeinwesen fördert GWA immer auch die gemeinwesen- und raumbezogene Vernetzung ganz unterschiedlicher Akteure (Einzelpersonen, Vereine, Verwaltung, Gewerbe, lokale Politik etc.), z. B. in einem Quartier oder einer Nachbarschaft. Dies führt nicht nur zu mehr Austausch- und Verständigungsprozessen sowie Bildung von sozialem Kapital, sondern kann auch zu einer stärkeren Beteiligung verschiedener Akteure an politischen Beteiligungsprozessen beitragen.

Zusammenhang 9: GWA agiert als „Frühwarnsystem“ für sich anbahnende Konflikte

Im Zuge des raschen gesellschaftlichen und sozialen Wandels können im Lokalen rasch Konflikte entstehen, welche lokale Demokratien vor eine Belastungsprobe stellen. GWA kann hier als Frühwarnsystem dienen, indem sie solche Konflikte vor Ort frühzeitig erkennt und diese bereits an zuständige Instanzen vermittelt, wenn diese sich abzuzeichnen beginnen. Denkbar ist auch, dass sie selbst zu dem potenziell aufkeimenden Konflikt aktiv wird und versucht, diesen vorausschauend und bereits im Vorfeld präventiv zu entschärfen.

Nachfolgend werden nun in einer Tabelle diejenigen GWA-Ansätze chronologisch aufgelistet, zu denen Literatur in die Analyse einbezogen wurde. Hierbei handelt es sich um eine überarbeitete und um die Zusammenhänge von GWA und lokale Demokratie erweiterte Übersicht aus Oehler/Drilling 2016: 38 ff.). Die Absicht dieser Darstellung ist es, den Kanon der deutschsprachigen GWA-Literatur (vgl. dazu Literverzeichnis im Anhang) in komprimierter Form abzubilden und gleichzeitig mit der Thematik GWA und lokale Demokratie zu verknüpfen. Die in den GWA-Ansätzen jeweils enthaltenen Zusammenhänge mit lokaler Demokratie (siehe oben) werden mit den dazugehörigen Ziffern erkennbar gemacht. Die Ziffer 1 entspricht dem oben ausgeführten Zusammenhang 1 und so fort.

Chronologie von Ansätzen der GWA, ihre Arbeitsfokuse und vorrangigen Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie

1890er- bis 1920er-Jahre: Settlement Work in den USA	
Arbeitsfokuse	<u>Settlement Work</u> (z. B. Hull House): Praktische Alltags- und Selbsthilfe; Soziokultur; reformorientierte nachbarschaftliche Stadtforschung; Einsatz für Verbesserung der Bau- und Infrastruktur im Quartier; über das Quartier hinausgehende sozialpolitische Aktivitäten (Erweiterung des Analyse- und Handlungsrahmens).
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 (<i>Lesehinweis: die Nummern beziehen sich auf die auf den vorherigen Seiten hergeleiteten Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie</i>)
1920er- bis 1960er-Jahre: Community Organizing in den USA (Community in Action, Social Planning)	
Arbeitsfokuse	a) <u>Staatliche Programme zu Stadtanierung und Armutsbekämpfung</u> : Versuche von Community Organizing zur Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung; Integration und Partizipation.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	4, 5
Arbeitsfokuse	b) <u>(Radical) Community Organizing</u> : Bürgerorganisation, Gewerkschaftsbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen, konfliktorientierte Gegenmachtstrategien und Aktionen.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	2, 3, 6, 7
1960er bis 1970er Jahre: Aufnahme der GWA in den Methodenkanon der Sozialen Arbeit (als sog. dritte Methode)	
Arbeitsfokuse	<u>GWA im Kontext Verwaltungsreform</u> : GWA als Demokratisierungs- und Integrationsstrategie; Vermittlung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung, Partizipation an (Sozial-)Planungsprozessen, Verwaltungsreform von oben.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	4, 5
1970er bis 1980er-Jahre: Konfliktorientierte Ansätze von GWA (Rezeption)	
Arbeitsfokuse	<u>Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit</u> : Rezeption aggressiver Ansätze, Randgruppenstrategie, intensiviert Auseinandersetzung mit dem Handlungsfeld Stadtentwicklung.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	2, 4, 6
1990er bis 1980er Jahre: Von der aktivierend-katalytischen GWA zur stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit	
Arbeitsfokuse	<u>Aktivierend-katalytische Gemeinwesenarbeit</u> : Aktivierung der Betroffenen, Partizipation an Gestaltung und Verbesserung ihrer Lebenswelt, Gruppenselbsthilfe, Lernfeld für Selbst- und Mitbestimmung.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	3, 7
Arbeitsfokuse	<u>Stadtteilbezogene Soziale Arbeit</u> : Gemeinwesenorientiertes Handeln wird in den Bezugsrahmen institutioneller Sozialer Arbeit gestellt (zur Ergänzung, Unterstützung, besseren Effektivität und stadtteilbezogenen Öffnung), Fokussierung auf fehlende/notwendige Kompetenzen von Professionellen in diesem Arbeitsfeld, starke Betonung von stadtteilbezogener Kooperation, neuer Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern (reflektierte Parteilichkeit).
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	5, 8

Seit den 1980er Jahren: GWA als Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit	
Arbeitsfokuse	<u>Arbeitsprinzip GWA</u> : Politisches, solidarisches und parteiliches Professionsverständnis Sozialer Arbeit, GWA als sozialräumliche, gemeinwesenbezogene, bezugsdisziplinen- und methodenintegrative, aktivierende sowie soziale Probleme im gesellschaftlich-historischen Kontext verortende und eigene Fachgrenzen überschreitende Strategie Sozialer Arbeit.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9
Seit den 1990er Jahren: Stadtteil- und Quartiersmanagement	
Arbeitsfokuse	<u>Stadtteilmanagement</u> : Soziale Arbeit als intermediäre Instanz und Brücke zwischen verschiedenen Welten (z. B. Vermittlung zwischen Lebenswelt und Bürokratie); Dialogmanagement; Moderationsfunktion; Forderung nach Installation und Bereitstellung dauerhafter Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen; drei Arbeitsbereiche: <ul style="list-style-type: none"> • Wohnquartier und BewohnerInnen, • Politik, Verwaltung, Institutionen, • Mitgestaltung der Interaktion zwischen den ersten beiden Bereichen.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	4, 5, 8
Seit den 1990er Jahren: Solidarökonomie, ökosoziale Transformation, Empowerment, neuer Anstoß zu Community Organizing (D)	
Arbeitsfokuse	<u>Alternativ-zivilgesellschaftliche Arbeitsansätze</u> : Gemeinwesenökonomie, Solidarökonomische Projekte, Wiederentdeckung von Community Organizing, Kooperationen mit Projekten zur ökosozialen Transformation (z. B. Reallabore).
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	1, 2, 3, 6, 7
Seit den 1990er Jahren: Quartiersaufbau (als Inszenierung einer tragfähigen sozialen Alltagskultur), nachhaltige Quartiersentwicklung	
Arbeitsfokuse	<u>Quartiersaufbau</u> : Professionelle Begleitung eines entstehenden sozialen Gemeinwesens, partizipativ und (sozial) nachhaltig angelegte Quartiersentwicklung, Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur, Methodik der Inszenierung des Sozialen, Intermediarität der Sozialen Arbeit mit den drei auszubalancierenden Funktionen/Rollen: 1. anwaltschaftliche Funktion, 2. Dienstleistungsfunktion, 3. Funktion eines professionellen Empowerments.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	1, 4, 5, 7
Seit den 1990er Jahren: Sozialraumorientierung	
Arbeitsfokuse	<u>Sozialraumorientierung</u> : Gleichzeitigkeit von Sozialraum als (individueller) Bedeutungs- und institutioneller Steuerungsraum, Einbezug von und Kooperation mit verschiedenen Ebenen und Akteuren, Prinzipien wie: Orientierung an Interessen und am Willen, Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe, Konzentration auf Ressourcen (bei Menschen und im Stadtteil), zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise, breite Kooperation und Koordination.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	5, 8

Seit 2005: Sozialraumarbeit	
Arbeitsfokuse	<u>Sozialraumarbeit</u> : Sozialraumsensibilität; herrschafts- und machtanalytische Perspektive aufs Quartier, (selbst-)reflexives Raum- und Professionsverständnis, Re-Artikulation von und kritische Auseinandersetzung mit (hegemonialen) Raumbildern, Rückbesinnung auf den sozialpädagogischen (Bildungs-)Auftrag, fachspezifische Kompetenzbildung in transdisziplinärem Arbeitsfeld, Sozialraumarbeit als professionelle Haltung und (sozial-)politische Aktivität.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	2, 6
Seit 2010: Planungsbezogene Soziale Arbeit	
Arbeitsfokuse	<u>Planungsbezogene Soziale Arbeit</u> : Akzentuierung eines Verständnisses von Sozialer Arbeit im Sinne einer Verantwortungsübernahme bei Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprozessen, normatives Professionsverständnis (soziale Gerechtigkeit, Verwirklichungschancen, Demokratie), Aufbau von an Planungsberufe anschlussfähigen Planungs-Capabilities (ohne dabei die eigenen beruflichen Perspektiven und leitenden Werte aufzugeben) zur wirksamen Beteiligung an Stadtplanungs- und -entwicklungsfragen für eine soziale Stadtentwicklung.
Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, konnten in jedem GWA-Ansatz Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie aufgefunden gemacht und damit auch die These gestützt werden, dass GWA als professionelle Praxis und Handlungskonzept etwas zur Bildung, Förderung und Stärkung lokaler Demokratie beitragen kann. Gleichzeitig macht die Tabelle deutlich, dass die einzelnen GWA-Ansätze meist auf bestimmte Aspekte von lokaler Demokratie fokussiert sind. Eine vom Ansatz her stringente Verknüpfung mit lokaler Demokratie als Ganzes, d. h. mit allen verschiedenen Formen lokaler Demokratie, ist am meisten noch bei der frühen Settlement Work in den USA erkennbar und später dann auch nochmals bei dem Verständnis von GWA als Arbeitsprinzip der frühen 1980er Jahre. Mit Bezug auf die Settlement Work von Jane Addams kann man sogar so weit gehen und behaupten, dass das Konzept der GWA zu einem gewichtigen Teil seine Wurzeln in der lokalen Demokratie hat und geradezu als ein konzeptioneller Ansatz zur Gestaltung, Förderung und Belebung lokaler Demokratie erfunden wurde (vgl. Schüler 2005). Weiter ist interessant, dass es bei den GWA Konzeptionen des Community Organizing (1920er bis 1960er Jahre) tendenziell zu demokratischen Verkürzungen kommt. Sowohl bei den staatlichen Programmen zur Stadtsanierung und Armutsbekämpfung als auch beim (radical) Community Organizing werden bei beiden Konzeptionen nur bestimmte und jeweils unterschiedliche Demokratieaspekte aufgegriffen. Das ist insofern naheliegend, als die erste Konzeption top-down und die zweite bottom-up orientiert ist. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch wieder bei den nächsten beiden Konzeptionen. Während die GWA als dritte Methode in den Diensten der Verwaltung(-reform) von oben agiert, wenden sich die konfliktorientierten Ansätze von unten gegen das etablierte System. Erst mit dem Arbeitsprinzip der GWA wird dann konzeptionell der Versuch unternommen, nicht von einer relativ starren Programmatik, sondern mehr von der lokalen Richtigkeit auszugehen und so auch wieder die Möglichkeit zu schaffen, relativ offen zu arbeiten und damit auch auf verschiedenste Aspekte von lokaler Demokratie Bezug nehmen zu können. Ab den 1990er Jahren zeichnet sich dann wieder eine stärkere thematische Dif-

ferenzierung und Fokussierung der Konzepte ab, dies teilweise auch mit der Zielsetzung die Soziale Arbeit weiter zu professionalisieren. Hinzukommt, dass der Begriff GWA zunehmend verschwindet, indem Prinzipien aus der GWA übernommen und unter neuen konzeptionellen Begriffen wie Stadtteil- und Quartiersmanagement, Gemeinwesenökonomie, Quartiersaufbau, Sozialraumorientierung und -arbeit sowie planungsbezogene Soziale Arbeit weiterentwickelt bzw. auf aktuelle Kontexte hin übersetzt werden. All diesen neueren Konzeptionen ist gemein, dass sie implizit Bezüge zu lokaler Demokratie haben – teilweise auch explizit –, diese jedoch theoretisch und konzeptionell nicht vertieft und (auch demokratietheoretisch) fundiert werden.

Für die weitere Theoriebildung zur GWA mit Perspektive lokale Demokratie bedeutet dies, dass der Bezug zur lokalen Demokratie in Zukunft noch stärker gewichtet und vor allem auch weiter systematisiert werden muss, um die Frage der lokalen Demokratie nicht nur der Praxis der Professionellen zu überlassen, sondern diese auch durch eine praxisnahe Theoriebildung in ihrer professionellen und demokratiefördernden Praxis zu unterstützen. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt noch ein Desiderat.

Mit diesen Ergebnissen aus der Analyse und Rekonstruktion der Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie wird nochmals bestätigt und untermauert, dass die vom Auftraggeber vhw verfolgte Strategie, GWA und die Förderung von lokaler Demokratie zusammen zu denken und in diesem Bereich Forschung anzustoßen, sehr plausibel und auch Wert ist, weiter verfolgt zu werden.

6 Synthese: Perspektiven für GWA und lokale Demokratie

Über die bisherigen Zwischenergebnisse dieser Studie ist deutlich geworden, dass es aus einer *demokratiethoretischen* Perspektive sinnvoll ist – insbesondere wenn wie in dieser Studie die Förderung lokaler Demokratie zu einer möglichen Aufgabe der GWA erklärt wird –, lokale Demokratie in sechs verschiedene (Praxis-)Formen zu differenzieren. So ergeben sich verschiedene, voneinander abgrenzbare und zugleich gut überblickbare Bereiche lokaler Demokratie, auf die sich die GWA als professionelle Praxis mit ihrer Arbeit systematisch beziehen kann. Auf der anderen Seite konnten aus einer *gemeinwesenarbeitstheoretischen* Perspektive aus dem Theoriefundus der GWA neun Zusammenhänge rekonstruiert werden, die aus der Logik der GWA Hinweise darauf geben, was GWA zur lokalen Demokratie leistet bzw. leisten kann und soll. Die Herausforderung besteht nun darin, diese zwei Ergebnisse, die zwei unterschiedlichen Logiken entspringen, vermehrt miteinander zu verknüpfen.

Klar ist, dass sich die Zusammenhänge auf die lokale Demokratie beziehen. Ebenso klar ist, dass es von der jeweiligen Praxisorganisation, d. h. ihrem konzeptionell-theoretischen Verständnis von GWA, aber auch von ihrem Auftrag als Organisation und den organisationskulturellen und örtlichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten abhängt, zu welchen Zusammenhängen von GWA und lokaler Demokratie die Mitarbeitenden einer Praxisorganisation der GWA vor Ort aktiv werden und inwiefern es ihnen damit gelingt im Sinne einer professionellen Praxis zur lokalen Demokratie und deren Förderung beizutragen (vgl. Klatetzki 1993; Müller 2012: 967 ff.). Idealtypisch ist dabei denkbar, dass

von einer GWA-Praxis geplante, beabsichtigte und zielgerichtete Wirkungen zur Förderung lokaler Demokratie ausgehen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Professionellen ihr professionelles Handeln explizit mit dem Thema (lokale) Demokratie verknüpfen und dieser Demokratiebezug für ihr Handeln sehr relevant ist. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, dass *professionelles* Handeln zunächst bedeutet, sich auf konkrete Situationen und Akteure einzulassen sowie auf diese bezogen und dem Einzelfall (was im Kontext von GWA nicht mit einer einzelnen Person gleichzusetzen ist) entsprechend zu handeln (vgl. Hörster 2012; Müller 2012: 967 f.). Da professionelles Handeln in dem Sinne auch immer kasuistische Momente enthält, ist es wenig sinnvoll, bereits im Voraus oder generell abschließend festlegen zu wollen, in welchem Bereich lokaler Demokratie GWA aktiv werden und welche der neun weiter oben skizzierten Handlungszusammenhänge dabei im Vordergrund stehen sollen. Um lokale Demokratie gezielt zu fördern braucht GWA vielmehr ausreichend Handlungsspielräume, die ihr erlauben mit Offenheit zu arbeiten bzw. möglichst offen, sodass sie nicht schon mit einer sehr eingegrenzten Zielsetzung auf die Menschen und Themen zugeht. Förderung von lokaler Demokratie durch professionelle GWA basiert auf einem Wechselspiel von *wissen, was man tut, sich einlassen* und (*strukturierter*) *Offenheit* (vgl. Müller 2012).

Ergänzend zu dieser idealtypischen Vorstellung von GWA und Förderung lokaler Demokratie ist jedoch auch denkbar, dass Praxisorganisationen der GWA Beiträge zur Förderung von lokaler Demokratie leisten, selbst wenn sie sich in ihrer Arbeit nicht ex-

plizit darauf beziehen. Begründet werden kann dies damit, dass aus der typischen Arbeit nach dem Handlungskonzept der GWA Aktivitäten und Projekte entstehen sowie Prozesse zu laufen beginnen, die immer auch Bezüge zur lokalen Demokratie haben, deren Ausgestaltung beeinflussen und schließlich Teil davon sind. GWA als professionelle Praxis und lokale Demokratie sind – wie auch die aus der Literatur rekonstruierten Zusammenhänge belegen – sehr eng miteinander verbunden. Trotzdem gilt es diese Verknüpfung immer wieder (auch auf Ebene der Theoriebildung zur GWA) in Erinnerung zu rufen und in aktuelle theoretische und lebensweltliche Kontexte zu übersetzen.

Mit der oben dargestellten Sichtweise, dass das Konzept der GWA seine Wurzeln in der lokalen Demokratie hat und sozusagen zu deren Förderungen erfunden wurde, gelingt es, die beiden Konzepte und die damit verbundenen autonomen Logiken in ein produktives, aufeinander bezogenes Verhältnis zu bringen, ohne dabei den jeweils eigenen fachlichen Zugang zu übergehen oder aufzulösen. Eine Lücke bleibt allerdings weiterbestehen: In der theoriebildenden Literatur zur GWA finden sich bis anhin kaum differenzierte und vor allem demokratietheoretisch fundierte Vorstellung vom Gegenstand lokale Demokratie. Auch in der demokratietheoretischen Literatur zur lokalen Demokratie gibt es bisher kaum explizierte Bezüge und Überlegungen zur GWA. Die Theoriebildung zur GWA und zur lokalen Demokratie hat dementsprechend vorrangig in unterschiedlichen und voneinander getrennten Welten stattgefunden, sodass sie trotz ihrer inhaltlichen und historischen Verbundenheit bisher kaum Notiz voneinander genommen haben. Damit eröffnet sich ein Desiderat für beide Theoriebildungen, die aus jeweils ihrer Perspektive die Thematik der anderen in Zukunft stärker und expliziter in ihre Reflexionen miteinbeziehen können.

Abschließend stellt sich noch die Frage, ob bzw. wie die einzelnen Zusammenhänge jeweils bestimmten Formen lokaler Demokratie zugeordnet werden können und ob sich daraus eine Art Muster ergibt. Ein solche Zuordnung scheint möglich, allerdings mit dem Vorbehalt, dass diese nicht zu statisch und ausschließlich gesehen werden soll, sondern eher anzeigt, wo es die stärksten Verbindungen gibt. Um diese in einer Matrix wiedergegebenen Zuordnungen besser lesen zu können, wird vorgängig zur Hilfestellung nochmals die graphische Übersicht zu den Praxisformen lokaler Demokratie abgebildet (siehe Abbildung 2).

Zudem ist anzumerken, dass im Verlaufe der Ausarbeitung der nachfolgenden Matrix immer mehr ein neues Gliederungsprinzip der Zusammenhänge entlang von Zuordnungsmustern identifiziert werden konnte. Ausgehend von der nach diesem neuen Gliederungsprinzip entlang vorgenommenen Neusortierung wurde dann nach geeigneten Bezeichnungen gesucht, um die jeweiligen Zusammenhänge und Muster zusammenzufassen und begrifflich-systematisch genauer zu bestimmen. Das Ergebnis dieses Prozesses war eine neue Kategorie von drei Handlungsfokussen der GWA (im Kontext lokaler Demokratie). Diese drei Fokusse sind: Selbsthilfe und Alltagsbewältigung, politische Teilnahme und Teilhabe sowie Demokratieförderung (gelingende lokale Demokratie). Beim ersten Fokus ist das Handeln der GWA vor allem auf die Bewältigung des Alltags der Menschen sowie die Begleitung und Unterstützung von Projekten in Selbsthilfe und (bürgerschaftlichem) Engagement im Quartier bezogen. Beim zweiten Fokus richtet sich das Augenmerk auf die politische Teilnahme und Teilhabe der Menschen. Der Schwerpunkt liegt also auf der (politischen) Partizipation unabhängig davon, ob sich diese im formalen oder informellen Bereich lokaler Demokratie abspielt (also z. B. auch an Quartiers-

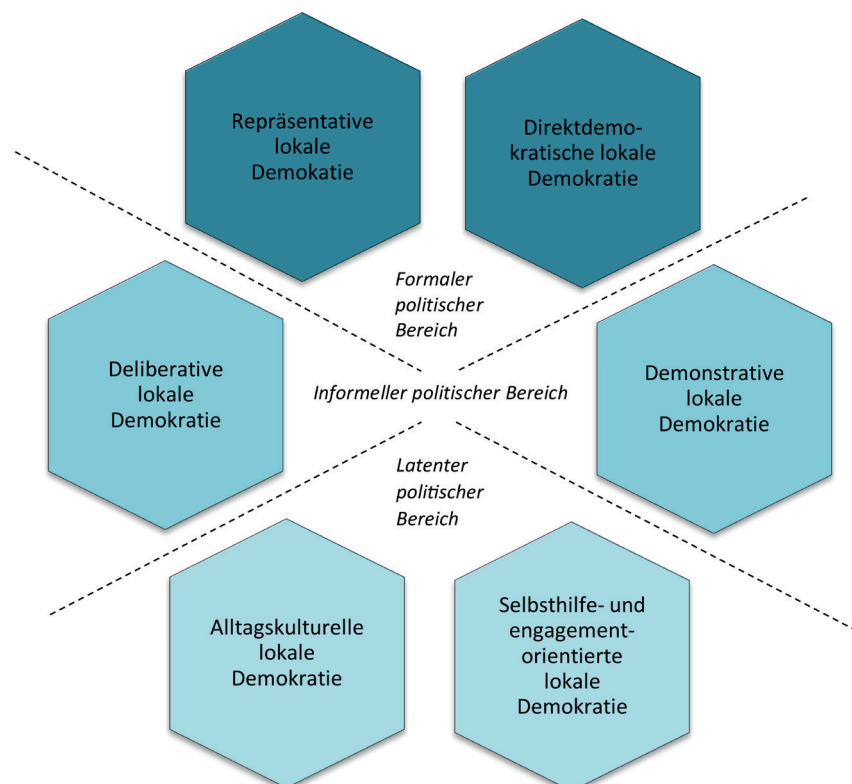


Abbildung 2: Praxisformen lokaler Demokratie (eigene Darstellung mit Bezügen zu Kersting 2016: 255; Roth 2018: 9 ff.)

und Stadtentwicklungsprozessen). Beim dritten Fokus handelt die GWA einerseits bildend, indem sie Wissen zur Demokratie und Politik vermittelt oder in den von ihr gestalteten Prozessen demokratische Erfahrungen ermöglicht. Andererseits agiert sie oftmals auch aus einer intermediären Position, die zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen lokaler Demokratie Ver-

bindungen herstellt und vermittelt und so unterschiedliche Perspektiven zusammenführt. Beide Zugänge, der bildende als auch der intermediäre, fördern die lokale Demokratie und tragen zu deren Gelingen bei. Diese drei Schritte und die damit zusammenhängenden Ausführungen in einer Matrix zusammengefasst ergeben dann folgendes Resultat:

Formen lokaler Demokratie	Zusammenhänge GWA und lokale Demokratie	Repräsentative ...	Direkt-demokratische ...	Deliberative ...	Demonstrative ...	Alltagskulturelle ...	Selbsthilfe- und Engagemt-orientierte ...	Fokusse der GWA					
									Formaler politischer Bereich	Informeller politischer Bereich	Vorpolitischer Bereich		
	1: GWA hilft, alltägliche Probleme zu lösen					X	X	Selbsthilfe- und Alltagsbewältigung					
	7: GWA unterstützt Selbsthilfe, Engagement und Selbstverwaltung in der lokalen Demokratie					X	X						
	2: GWA begreift die Menschen mit denen sie arbeitet und sich selbst als politische Subjekte und Teil lokaler Demokratie	X	X	X	X								
	4: GWA leistet Hilfe bei der Partizipation von Menschen an der lokalen Demokratie	X	X	X	X			Politische Teilnahme und Teilhabe					
	6: GWA unterstützt Menschen, soziale Probleme öffentlich zu benennen und in den politischen Diskurs einzubringen	X	X	X	X								
	3: GWA trägt zur Demokratiebildung und zum Demokratielernen in lokalen Demokratien bei	X	X	X	X	X	X						
	5: GWA kann zwischen verschiedenen „Welten“ innerhalb lokaler Demokratien übersetzen und vermitteln	X	X	X	X	X	X						
	8: GWA fördert die Vernetzung und den Austausch auf und zwischen verschiedenen Ebenen und Formen lokaler Demokratie	X	X	X	X	X	X						
	9: GWA agiert als „Frühwarnsystem“ für sich anbahnende Konflikte	X	X	X	X	X	X						

Abbildung 3: Matrix zu Zusammenhängen von GWA und Formen lokaler Demokratie (eigene Darstellung)

Die Matrix zeigt erstens deutlich auf, dass GWA zu allen drei Bereichen von Politik (latent, informell, formal) und sechs Formen lokaler Demokratie beitragen und Verbindungen zwischen ihnen herstellen kann. Insofern hat die GWA für die lokale Demokratieförderung ein großes Potenzial. Denn für diese ist es zentral, gerade das Zusammenspiel der verschiedenen Formen lokaler Demokratie und dabei sowohl die einzelnen Menschen als auch das „Ganze“ in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund kann die GWA, wenn sie sich ihr Handeln und Wirken im Bereich lokaler Demokratie bewusst macht, für sich fast ein Alleinstellungsmerkmal beanspruchen: Nicht nur mono-, sondern gleich multiperspektivisch zur Förderung lokaler Demokratie beizutragen.

Zum zweiten lässt sich aus der Matrix – insbesondere mit Bezug auf die drei identifizierten (Handlungs-)Fokusse der GWA – auch herauslesen, dass diese Förderung eigentlich erst solide ist, wenn sie breit bzw. offen angelegt ist und alle drei Fokusse umfasst. Die Förderung lokaler Demokratie durch GWA ist dann am vielversprechendsten, wenn die GWA (a) weiß, was sie tut (fachlich fundiert und bezogen auf die Fokusse) und gleichzeitig (b) auch konzeptionell und programmatisch – gestützt von ihren Trägern – über genügend Freiheit und die dafür notwendigen Ressourcen verfügt, ihr Handeln auch immer wieder an lokalen und aktuellen Gegebenheiten und Bedarfen (neu) zu orientieren und auszurichten.

7 Quellenverzeichnis

- Alinsky, Saul D. (1999): Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv Verlag.
- Antić, Andreas (2018): Digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation. Zur Aktualität des demokratischen Experimentalismus von John Dewey. Potsdam: Potsdamer Universitätsverlag.
- APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte). Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Repräsentation in der Krise? Heft 40-42/2016.
- Bahr, Hans-Eckehard/Gronemeyer, Reimer (1974) (Hrsg.): Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Niederlagen und Modelle. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Beck, Sebastian/Schnur, Olaf (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin: jovis Verlag.
- Becker, Anna/Schnur, Olaf (2018): Projektausschreibung „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- Blühdorn, Ingolfur/Celikates, Robin/Lietzmann, Hans/Volk, Christian (2018): Verschriftlichung der Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung der DVPW-Sektion „Politische Theorie“ zum Thema „Formwandel der Demokratie“. Baden-Baden: Nomos Verlag. S. 241-263.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin: BMFSFJ.
- Boer, Jo/Utermann, Kurt (1970): Gemeinwesenarbeit. Community Organization – Op-bouwwerk. Einführung in Theorie und Praxis. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Boulet, Jaak J./Krauss, Jürgen E./Oelschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ Druck und Verlag.
- Bringmann, Klaus (2019): Das Volk regiert sich selbst. Eine Geschichte der Demokratie. Darmstadt: wbg Theiss.
- Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. Schaal (2008) (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Buck, Gerhard (1982). Gemeinwesenarbeit und kommunale Sozialplanung. Untersuchung zur sozialpolitischen Funktion und historischen Entwicklung eines Handlungsfeldes der Sozialarbeit. Berlin: Hofgarten Verlag.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dewey, John (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: Philo Verlagsgesellschaft.
- Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer planungsbezogenen Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen (erste Auflage). Wiesbaden: Springer VS. S. 87-109.
- Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (2011): Auf dem Weg einer Neupositionierung. Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. In: SozialAktuell. Heft 5/2011. S. 7.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt/New York: Campus.
- Elsen, Susanne (1998): Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung. Neuwied: Luchterhand Verlag.
- Europarat (2016): Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Evers, Adalbert/Klie, Thomas/Ross, Paul-Stefan (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte). Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Engagement. Heft 14-15/2015. S. 3-9.
- Fehren, Oliver (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 57-69.
- Fehren, Oliver (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma.
- FOCO e. V. (Hrsg.) (1996): Forward to the roots ... Community Organizing in den USA – eine Perspektive für Deutschland? Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Franke, Thomas/Grimm, Gaby (2007): Quartiermanagement als Instrument einer integrativen Stadtteilentwicklung – konzeptionelle Grundlagen und Praxiserfahrungen. In: Sinning, Heidi

- (Hrsg.). Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Detmold: Verlag Dorothea Rohn. S. 307-319.
- Fritsche, Caroline/Wigger, Annegret (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus reflexiv räumlicher Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 71-85.
- Gallie, Walter Bryce (1956): Essentially Contested Concepts. In: Proceedings of the Aristotelian Society, New Series. Vol. 56 (1955-1956). S. 167-198.
- Gerhardinger, Günter (1989): Selbsthilfe in Sozialarbeit und Sozialpolitik. Die demokratische Legitimation staatlichen Verwaltungshandelns am Beispiel der neueren sozialarbeiterischen Methodengeschichte und sozialpolitischen Entwicklung. Regensburg: Eigenverlag (Dissertation).
- Hauser, Richard/Hauser, Hephzibah (1971): Die kommende Gesellschaft. Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. München: J. Pfeiffer Verlag.
- Hill, Hermann (2005): Urban Governance und Lokale Demokratie. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 9/10.2005. S. 567-577.
- Hinte, Wolfgang (2001): Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und soziale Dienste – Lebensweltbezug statt Pädagogisierung. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.). Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader für Studium, Lehre und Praxis. Münster: Votum Verlag. S. 74-81.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Neuwied/Frankfurt a. M.: Luchterhand Verlag.
- Hinte, Wolfgang/Litges, Gerd/Springer, Werner (1999): Soziale Dienste: Vom Fall zum Feld. Soziale Räume statt Verwaltungsbezirke. Berlin: edition sigma.
- Hinte, Wolfgang/Tress, Helga (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Hörster, Reinhard (2012): Sozialpädagogische Kasuistik. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 677-686.
- Hunold, Christian (1996): Lokal denken, global handeln: Globalisierung und lokale Demokratie. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Jg. 24, H. 4/1996. S. 557-572.
- Iben, Gerd (1971): Menschen unterm Planquadrat. Sozialpolitische und sozialpädagogische Aspekte der amerikanischen Stadterneuerung. München: Hanser Verlag.
- Iben, Gerd (1972): Die Rolle der Sozialarbeit in Stadtplanung und Stadtentwicklung. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. Jg. 23, H. 3. S. 82-92.
- Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (1989) (Hrsg.): Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit als Handlungsansatz in beruflicher Praxis und studentischer Ausbildung. Essen: Klartext Verlag.
- Jörke, Dirk (2003): Demokratie als Erfahrung. John Dewey und die politische Philosophie der Gegenwart. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Karas, Fritz/Hinte, Wolfgang (1978): Grundprogramm Gemeinwesenarbeit. Praxis des sozialen Lernens in offenen pädagogischen Feldern. Wuppertal: Jugenddienst-Verlag.
- Kessler, Fabian (2006): Sozialer Raum als Fall? In: Galuske, Michael/Thole, Werner (Hrsg.). Vom Fall zum Management. Neue Methoden der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 37-54.
- Kessler, Fabian/Maurer, Susanne (2005): Soziale Arbeit. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 111-128.
- Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (2010): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (2005) (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 111-128.
- Kersting, Norbert (2017): Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer VS, S. 81-120.
- Klatetzki, Thomas (1993): „Wissen was man tut“. Professionalität als organisationskulturelles System. Eine ethnographische Interpretation. Bielefeld: KT-Verlag.
- Kleger, Heinz (1999): Was heisst: „Die Idee der Demokratie ist reflexiv geworden“? In: Demokratie und Globalisierung (Studia philosophica). Jg. 58. Bern: Haupt Verlag. S. 167-195.
- Klöß, Tilo (2001): Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit als Qualitätsmerkmal von Sozialraumorientierter Sozialer Arbeit, Stadteilarbeit und Quartiersmanagement. URL: http://www.nipp.brandenburg.de/nipp_data/pdf/das_arbeitsprinzip_gemeinwesenarbeit_als_qualitaetsmerkmal_k.pdf. Zugriffsdatum: 08.12.2018.
- Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Kraus, Herta (1951): Amerikanische Methoden der Gemeinschaftshilfe – Community Organization for Social Welfare. In: Soziale Welt. Jg. 2. H. 2. Jan. 1951. S. 184-192.

- Krummacher, Michael (2011): Quartiermanagement in benachteiligten Städten. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.). Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 318-329.
- Kunstreich Timm (2001): Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band 2: Blicke auf die Jahre 1955, 1970 und 1995 sowie ein Rückblick auf die Soziale Arbeit in der DDR (von Eberhard Mannschatz). Bielefeld: Kleine Verlag.
- Lammert, Christian/Vormann, Boris (2017): Die Krise der Demokratie und wie wir sie überwinden. Berlin: Aufbau Verlag.
- Latke, Herbert (1962): Sozialpädagogische Gruppenarbeit. Freiburg i. Br.: Lambertus Verlag.
- Lenhart, Karin (2001): Berliner Metropoly. Stadtentwicklungspolitik im Berliner Bezirk Mitte nach der Wende. Opladen: Leske und Budrich.
- Maier, Konrad (2001): „Quartiersaufbau“ als Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Wohnquartiere. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/integriertestadtteilentwicklung/allgemeines-theorien/216-quartiersaufbau.html> . Zugriffsdatum: 05.01.2013.
- Maier, Konrad/Sommerfeld, Peter (2005): Inszenierung des Sozialen im Wohnquartier. Darstellung, Evaluation und Ertrag des Projekts „Quartiersaufbau Rieselfeld“. Freiburg i. Br.: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evang. Fachhochschule Freiburg.
- Mastronardi, Philippe (o. J.): Wozu brauchen wir eine „demokratische Kultur“? <http://www.rat-kontrapunkt.ch/politik-und-verwaltung/politik-verwaltung-individuelle-texte/wozu-brauchen-wir-eine-demokratische-kultur/> Zugriffsdatum: 07.04.2019.
- Mesle, Kurt (1978): Praxis der Gemeinwesenarbeit heute. Heidelberg: Quelle und Meyer.
- Messmer, Manfred (2004): Quartiersmanagement und bürgerschaftliches Engagement bei der Stadtteilentwicklung in benachteiligten Gebieten. In: Maier, Konrad/Messmer, Manfred (Hrsg.). Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zur Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer sozialer Nachhaltigkeit. Freiburg i.Br.: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evang. Fachhochschule Freiburg. S. 199-212.
- Mohrlock, Marion/Neubauer, Michaela/Neubauer, Rainer/Schönfelder, Walter (1993): Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich. München: AG SPAK.
- Mounk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. München: Droemer.
- Mührel, Eric/Birgmeier, Bernd (2013) (Hrsg.): Menschenrechte und Demokratie. Perspektiven für die Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin. Wiesbaden: Springer VS.
- Müller, Burkhard (2012): Professionalität. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 955-974.
- Müller, Wolfgang C. (1973): Die Rezeption der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Müller, Wolfgang C./Nimmermann, Peter (Hrsg.). Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München: Juventa Verlag. S. 228-240.
- Müller, Wolfgang C. (1992): Wie Helfen zum Beruf wurde. Band 2: Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit 1945-1990. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Müller, Wolfgang C./Nimmermann, Peter (1973) (Hrsg.): Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München: Juventa Verlag.
- Nimmermann, Peter (1973): Sozialplanung in den USA. In: Müller, Wolfgang C./Nimmermann, Peter: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München: Juventa Verlag. S. 86-118.
- Oehler, Patrick (2018): Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oehler, Patrick (2007): Pragmatismus und Gemeinwesenarbeit. Die pragmatistische Methode von John Dewey und ihr Beitrag zur Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Oehler, Patrick/Drilling, Matthias (2016): Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeleitete Spurensuche. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen (erste Auflage). Wiesbaden: Springer VS. S. 13-41.
- Oehler, Patrick/Weiss, Stephanie (2012): Partizipation in sich verändernden Planungsprozessen: Handlungsfelder für die Soziale Arbeit in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Hauptert, Bernhard/Maurer, Susanne/Schilling, Sigrid, Schultheis, Franz (Hrsg.). Soziale Arbeit in Gesellschaft. Teil der Lösung - Teil des Problems? Bern: Peter Lang Verlag.
- Oelschlägel, Dieter (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteilichen Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen (erste Auflage). Wiesbaden: Springer VS. S. 45-56.
- Oelschlägel, Dieter (2007): Zum politischen Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit. In: Gillich, Stefan (Hrsg.). Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch. Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit auf aktuelle Herausforderungen. Gelnhausen: Triga. S. 30-39.
- Oelschlägel, Dieter (2005): Gemeinwesenarbeit. In: Otto/Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 653-659.

- Oelschlägel, Dieter (1999): Was kann Gemeinwesenarbeit zur Teilhabe leisten? In: Rundbrief Verband für sozialkulturelle Arbeit e. V., Nr. 2/99. S. 16-22.
- Oelschlägel, Dieter (1985): Strategiediskussion in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: Mühlfeld, Claus/Oppl, Hubert/Plüsch, Klaus/Weber-Falkensammler, Hartmut (Hrsg.). Gemeinwesenarbeit. Schriftenreihe Brennpunkte Sozialer Arbeit. Frankfurt a. M.: Diesterweg Verlag. S. 7-22.
- Petring, Alexander/Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie: Wege aus der Partizipationskrise. WZB Mitteilungen, 134, 30-33. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-308653> Zugriffsdatum: 06.04.2019.
- Reder, Michael (2018): Demokratie als experimentelle Praxis und radikale Gesellschaftskritik. Vergleich pragmatistischer und radikal-demokratischer Impulse für die Demokratietheorie. In: Zeitschrift für philosophische Forschung, Band 72, Heft 2/2018. S. 184-204.
- Reichertz, Jo (2013): Die Abduktion in der qualitativen Sozialforschung. Über die Entdeckung des Neuen. Wiesbaden: Springer VS.
- Reutlinger, Christian/Wigger, Annegret (2010): Das St. Galler Modell – eine Denkfigur zur Gestaltung des Sozialraums. In: Reutlinger, Christian/Wigger, Annegret (Hrsg.). Trans-disziplinäre Sozialraumarbeit. Grundlagen und Perspektiven des St. Galler Modells zur Gestaltung des Sozialraums. Berlin: Frank & Timme Verlag. S. 13-54.
- Rosanvallon, Pierre (2016): Die gute Regierung. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg: Hamburger Editionen.
- Ross, Murray G. (1968): Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis. Freiburg i. Br.: Lambertus Verlag.
- Ross, Paul-Stefan (2012): Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Roth, Roland (2018): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. In: eNewsletter Netzwerk 04/2018 vom 17.12.2018. URL: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/4_2018/nbb_beitrag_roth_181217.pdf. Zugriffsdatum: 27.03.2019.
- Roth, Roland (2017): Kommunale Demokratie – Schimäre oder Hoffnungsträger? In: Kuhlmann, Sabine/Schwab, Oliver (Hrsg.): Starke Kommunen – wirksame Verwaltung. Fortschritte und Fallstricke der internationalen Verwaltungs- und Kommunalforschung. Festschrift zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. em. Hellmut Wollmann. Wiesbaden: Springer VS. S. 143-168.
- Roth, Roland (1999): Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In: Wollmann, Hellmut/Roth Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen: Leske und Budrich. S. 2-22.
- Schaal, Gary S./Wilhelm, Fränze (2018): Deliberative Minipublics. Zur Notwendigkeit einer Theorie der politischen Legitimation von eingebetteten deliberativen Systemen. In: Thaa, Winfried/Volk, Christian (Hrsg.): Formwandel der Demokratie. Baden-Baden: Nomos. S. 199-221.
- Scharpf, Fritz W. (1992): Versuch über Demokratie in Verhandlungssystemen. MPIfG Discussion Paper, No. 92/9. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schirmacher, Gerd (2002): Hertha Kraus – Zwischen den Welten. Biographie einer Sozialwissenschaftlerin und Quäkerin (1897-1968). Frankfurt a. M.: Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Schüler, Anja (2005): „To Add the Social Function to Democracy“. Civic Education im Hull House Settlement in Chicago. In: Feustel, Adriane (Hrsg.): Europa und Amerika: Unterschiedliche Vorstellungen des Sozialen? Berlin: Alice-Salomon-Fachhochschule. S. 38-50.
- Schüler, Anja (2004): Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog, 1889-1933. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Schnur, Olaf/Krüger Kirsten/Drilling, Matthias/Niermann Oliver (2019): Quartier und Demokratie – eine Einführung. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-25.
- Stock, Lothar (2004): Quartiersmanagement – Alter Wein in neuen Schläuchen? In: Maier, Konrad/Messmer, Manfred (Hrsg.). Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zur Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Freiburg i. Br.: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e. V. an der Evang. Fachhochschule Freiburg. S. 188-198.
- Stövesand, Sabine (2019): Gemeinwesenarbeit [online]. socialnet Lexikon. Bonn: socialnet, 28.01.2019. URL: <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit>. Zugriffsdatum: 20.02.2019.
- Stövesand, Sabine (2016): Gemeinwesenarbeit (GWA) als sozialraumbezogenes Handlungsfeld. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. Wiesbaden: Springer VS. S. 557-579.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Opladen: Budrich Verlag.
- Thaa, Winfried/Volk, Christian (2018) (Hrsg.): Formwandel der Demokratie. Baden-Baden: Nomos.

Victor-Gollancz-Stiftung/Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit (1974) (Hrsg.): Reader zur Theorie und Strategie. Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit 8. Frankfurt a. M.: Victor-Gollancz-Stiftung.

Vogel, Martin Rudolf/Oel, Peter (1966): Gemeinde und Gemeinschaftshandeln. Zur Analyse der Begriffe Community Organization und Community Development. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Wiesner, Claudia (2018): Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.

Ziegler, Holger/Schrödter, Mark/Oelkers, Nina (2010): Capabilities und Grundgüter als Fundament einer sozialpädagogischen Gerechtigkeitsperspektive. In: Thole, Werner (Hrsg.). Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 297-310.

8 Anhang

Korrelationen Interviews und Zusammenhänge

Textpassagen aus den Interviews mit den Fachpersonen (paraphrasiert)	Zusammenhänge
Auch ist wichtig, Menschen bei ihren alltäglichen kleinen Sorgen zu unterstützen, damit nicht dieses Gefühl „um uns kümmert sich ja niemand“ entsteht und damit eine Abwendung von der Demokratie.	1
Sozial schwächeren Gruppen getrauen sich oftmals nicht an Bürgerversammlungen heran, fühlen sich im Stich gelassen. Daher ist es eine Aufgabe der Demokratie, auch diese Menschen wieder in die Demokratie einzubinden; und da ist die GWA jemand der das tun kann, weil sie einen Zugang zu diesen Menschen hat.	2, 4
Eine sozial orientierte Moderation versucht zuerst einmal, zu verstehen, bevor sie zu einem Entscheid drängt. Sie räumt den Leuten Platz ein und fragt nach. GWA kann Menschen artikulationsfähig machen und dazu beitragen, dass sich Gruppe für sich selbst besser artikulieren und ihre Interessen vertreten können (z. B. in einem Bürgerforum). GWA kann dazu beitragen, dass sich verschiedenste Gruppen mehr getrauen, an solchen Anlässen teilzunehmen und ihre Meinung einzubringen.	4, 5, 6
<p>Wenn über die GWA Öffentlichkeiten und Formen direkter Demokratie hergestellt werden, sind das Ergänzungen zu anderen wichtigen Formen der Demokratie. Die GWA kann bestimmte Öffnungen und damit auch bestimmte Öffentlichkeiten herstellen, die andere Formen vielleicht so nicht herstellen können.</p> <p>Diese Ergänzung durch direkte Demokratieformen und die GWA, und das damit verbundene Konfrontiertwerden mit dem Eigensinn von Bürgerinnen und Bürgern kann für die demokratisch legitimierten Entscheidungsträgerinnen und -träger auch Vorteile haben, nämlich Sachen, die im Quartier brodeln oder schiefzulaufen drohen, viel früher und auch unmittelbarer zu erfahren. So betrachtet können diese auch als Frühwarnsysteme gesehen werden.</p>	3, 6, 9
<p>Die GWA hat eine vielfältige Rolle in lokalen demokratischen Prozessen. Das eine ist, darauf zu achten, ob alle Akteursgruppen in dem lokalen Gemeinwesen, in dem man sich da bewegt mit dabei in der Arena sind, und zu erkennen, wer fehlt sowie dann dafür Sorge zu tragen, dass die ebenfalls mit dabei sind. Und dies beinhaltet zwei Aufgaben: einmal zu erkennen, was das Ausschließende ist, dies zu benennen und zu verändern; und zum anderen zu schauen, wie die Gruppen, die bisher nicht Teil der [demokratischen] Öffentlichkeit sind, mit geeigneten Formen der Ansprache (auch über nicht rein sprachliche wie z. B. künstlerische Methoden) und Aktivierung miteinbezogen werden können.</p> <p>Und bei diesem Beispiel war die Rolle der GWA, dieses potenziell extrem konfliktreiche Thema zu erkennen und rasch präventiv auf die Akteure zuzugehen, welche diesen Konflikt hätten aufheizen können, und so für einen breit getragenen Konsens und Beruhigung zu sorgen.</p>	2, 4, 5, 8, 9
Parteilichkeit in der GWA kann bedeuten, angesichts der eigenen begrenzten Ressourcen der Tendenz nach immer den machtärmeren Menschen oder auch Gruppen den Vorzug zu geben. Gleichzeitig ist es als intermediärer Akteur für produktive Lösungen von Konflikten oft hilfreich und ratsam, auch die machtstärkeren Akteure auf die Arena vorzubereiten.	2, 4, 5

Textpassagen aus den Interviews mit den Fachpersonen (paraphrasiert)	Zusammenhänge
<p>Ein ganz wichtiges Feld für die GWA ist es, politische Bildungsarbeit und Empowerment zu leisten. Dies besonders auch vor dem Hintergrund, dass in der verfassten und repräsentativen Demokratie in erster Linie nur deren Anliegen gefördert und gesehen werden, die darin einen Sitz und eine Stimme haben. Und da es zunehmend Leute gibt, die nicht wählen bzw. nicht wählen dürfen, weil sie keinen deutschen Pass haben oder dann zunehmend antidemokratisch gesinnte Parteien wählen, hat die GWA eine immanent wichtige Bindegliedfunktion und auch ein Potenzial, um eine Brücke zu bauen im Sinne einer Integration in die repräsentative Demokratie, was auch eine Veränderung in diesen Ministerien bedeutet.</p> <p>Die GWA kann Brücken bauen in das politische System, das nicht mehr repräsentativ ist, und sich Gehör verschaffen, indem man sich organisiert – also Organisationsmacht. GWA ist eine Instanz, die eben auch Organisations- und Artikulationsmacht mit Menschen aufbauen kann.</p> <p>Wenn GWA Partizipation unterstützt und Sprachmächtigkeit von Menschen, deren Anliegen von der lokalen Politik nicht unbedingt geteilt werden, hat das auch mit Organisationsmacht und Konflikten zu tun. Konfliktfähigkeit, Konflikte und widerstreitende Interessen gehören zu einer Demokratie mit dazu. Und das als GWA mitzuorganisieren bzw. zu ermöglichen, ist eine hochdemokratische Aufgabe.</p>	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8
<p>Wenn es asymmetrische Machtverhältnisse gibt, ist Soziale Arbeit für Machtausgleich und Ressourcenstärkung zuständig, um so zu möglichst gleichen Sprach- und Interventionsmöglichkeiten beizutragen.</p> <p>Diese partielle Parteilichkeit schließt nicht aus, grundsätzlich für alle Positionen offen zu bleiben und versuchen diese zu verstehen und zu respektieren.</p>	4, 5
<p>Also wenn man Demokratie auch als normativ begreift, wo es um die Wahrung von Menschenwürde und den Respekt vor Vielfalt geht, da braucht es – wie z. B. mit öffentlichen Foren im Zusammenhang mit Empörung zu Geflüchtetenunterkünften – jemanden, der Menschen zusammenbringt und einen Raum aufmacht wo diskutiert werden kann, und der da auch Menschen unterstützt die in einer unterlegenen Position sind; also dieses Gespräch von Person zu Person miteinander vor Ort zu organisieren, oder klar zu unterstützen.</p>	2, 3
<p>Demokratie ist eine Praxis, die von unten her wachsen muss, und das Bewusstsein darüber und diese Praxis zu beleben, war für die Gemeinwesenarbeit immer sehr kennzeichnend. GWA versucht ja, Menschen zu aktivieren, ihre Interessen zu formulieren und sich mit anderen Menschen zusammenzutun, das ist urdemokratische Arbeit – besonders in einer Zeit wo Leute enttäuscht sind vom politischen System und sich zurückziehen und der Rassismus zunimmt.</p>	3, 7, 8

Impressum

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ein wichtiges Anliegen.

Der vhw präferiert hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Auftraggeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Auftragnehmer:

Institut Sozialplanung,
Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung
Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
Hofackerstrasse 30
4132 Muttenz

Projektleiter:

Prof. Dr. Patrick Oehler

Wissenschaftliche Begleitung:

Dr. Anna Becker und Dr. Olaf Schnur, beide vhw e. V.

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Titelbild © AdobeStock.com / DigitalGenetics

ISBN: 978-3-87941-810-7

Berlin, im Januar 2021